



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 1/2025



**V.l.: Präsident Thomas Karmasin, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL,
und der Ausschussvorsitzende Landrat Stefan Rößle**

**NEUSTART JETZT: Finanziell, wirtschaftlich und strukturell – Forderungen
der 71 bayerischen Landkreise an die neue Bundesregierung S. 6**

**Praxistage des Bayerischen Innovationsrings 2024 und Bayerische
Innovationstage 2025 – gemeinsam weiterkommen S. 18**

**Die Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern:
Operation am offenen Herzen ohne Narkose S. 21**



Editorial 4

Aktuell

NEUSTART JETZT: Finanziell, wirtschaftlich und strukturell – Forderungen der 71 bayerischen Landkreise an die neue Bundesregierung 6
Kommunale Herausforderungen im Fokus bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz 16
Praxistage des Bayerischen Innovationsrings 2024 und Bayerische Innovationstage 2025 – gemeinsam weiterkommen 18
Die Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern: Operation am offenen Herzen ohne Narkose 21
VERSORGT am ORT (VaO): Ein innovativer Ansatz zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch regionale Versorgungsräume 24
Bürokratieabbau jetzt – Landräte fordern entschlossenen Abbau von Aufgaben und Standards 26
Mehr Recycling muss beim Produkt beginnen – Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags mahnt zur Sorgfalt bei der Alttextilsammlung 28

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Transformationsprozess in der Gesundheitsversorgung – Ein innovatives Projekt im Landkreis Wunsiedel i.F. 29
Wie aus einer Arztpraxis das „MVZ Rhön-Grabfeld“ wurde 32
Medizinische Versorgung gemeinsam gedacht in Weißenburg-Gunzenhausen 36
Der lange Weg zum Hospiz in den Landkreisen Roth und Weißenburg-Gunzenhausen 38
KUNO-Land und neue Gemeindeschwester – innovative Projekte im Landkreis Cham 42

Aus den Landkreisen

Altomünster im Landkreis Dachau feierte die Eröffnung des Interkulturellen Lernpfads 46
Netzwerk für Familienleistungen im Landkreis München – Kooperationsvereinbarung unterzeichnet 47
Von den Alpen bis zum Bodensee: Der MOBIL PASS ALLGÄU – neuer Meilenstein in der Gästemobilität 48
Wo man die Heimat im Unterallgäu schmecken kann – Digitale Karte mit Betrieben/Lebensmitteln aus der Region 49
Ausgezeichnet für wegweisendes Engagement: Landkreis Regen belegt zweiten Platz im Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“ 50

Impressum:

Herausgeber: Bayerischer Landkreistag Kardinal-Döpfner-Straße 8 80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich: Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach



Erfolgreicher Klimaschutz vor Ort: Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge mit dem European Energy Award ausgezeichnet 52

Amtfluencer für Rhön-Grabfeld – Gewinnung junger Talente sowie Stärkung der Landkreis-Identität nach innen und außen 53

Der Landkreis Fürth revolutioniert die Berufsorientierung mit der digitalen Plattform „talent2maker“ 56

Technikerschule Neumarkt i.d.OPf. erweitert Angebot um die Fachrichtung „Angewandte Künstliche Intelligenz“ 58

Digitalisierung im Landkreis Regensburg 60

Neues Leitbild für Ehrenamtsarbeit im Landkreis Tirschenreuth 64

Personalien 65

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
 Kardinal-Döpfner-Straße 8
 80333 München
 Telefon (089) 286615-0
 Telefax (089) 282821
 info@bay-landkreistag.de
 www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied
 des Bayerischen Landkreistags
 Sarah Honold
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
 Gutenbergstraße 12
 84184 Tiefenbach

NEUSTART JETZT: Herausforderungen angehen, Chancen nutzen

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2024 war für die bayerischen Landkreise ein Jahr voller Herausforderungen, aber auch eines der Weichenstellungen für 2025 und die Zukunft.

Solide Kommunalfinanzen

Der Kommunale Finanzausgleich 2025 brachte eine dringend nötige Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 % auf (immerhin) 13,0 %, die erste Erhöhung seit 2013. Wenig genug, aber ein erster Schritt auf dem langen Weg zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen.

Berliner Kontaktpflege

Die Landrätetagung in Berlin, die kurz vor dem unerwarteten Ende der Ampel-Koalition im Herbst stattfand, verdeutlichte die schwierige Lage, in der sich die bayerischen Landkreise befinden und verdeutlichte zugleich, warum die Zusammenarbeit mit Berlin in den zurückliegenden Jahren immer unmöglicher wurde. Unabhängig von den äußeren u.a. durch den Krieg in der Ukraine oder die angespannte wirtschaftliche Lage geprägten Rahmenbedingungen hat der Bund komplett den Bezug zur Basis und vor allem zu dem, was für die Menschen im Alltag zählt, verloren. Die kommunale Sichtweise spielte in den rot-grün-gelben Jahren eine völlig untergeordnete Rolle. Ein Neustart mit einer Bundesregierung, welche mit Realitätsbezug das Land voranbringt, wird dringend gebraucht.

Kehrtwende in der Migrationspolitik

Die 71 bayerischen Landkreise waren in den vergangenen Jahren oft diejenigen, welche die Beschlüsse des Bundes ausbaden mussten. Die Migrationspolitik war eine Zerreißprobe für unsere Gesellschaft und unsere Kommunen. Trotz zahlreicher Zwischen- und Hilferufe aus der Fläche war Berlin nicht gewillt, diese umzukehren. Nur mit echter Begrenzung und Steuerung aber können diese Herausforderungen künftig beantwortet werden.



Landrat Thomas Karmasin
Präsident des Bayerischen Landkreistags



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags



Medizinische Grund- und Regelversorgung – flächendeckender Standard

Die Krankenhäuser sind seit Jahren das Sorgenkind der bayerischen Landkreise, weil die durch den Bund verantwortete Finanzierung nicht auskömmlich ist. Dieser Bereich ist massiv unterfinanziert. Unseren Bürgern den Zugang zu medizinischer Grund- und Regelversorgung zu gewähren, ist kein Akt von Freundlichkeit oder gar Freiwilligkeit. Das gehört zum Kern der kommunalen Daseinsvorsorge. Die geplante Krankenhausreform stellt eine flächendeckende, gleichwertige medizinische Versorgung in Frage und schürt Ängste vor Ort.

Die Grenzen des Sozialstaates

Eine weitere Großbaustelle sind die sozialen Ausgaben, die uns davon laufen. Die Ampel hat den Sozialstaat und mit ihm die Kommunen mit viel zu hohen Standards (Beispiel Bürgergeld) an die Grenze des finanziell Tragbaren gebracht. Das allgemeingültige Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“ wurde dabei allzu gerne in Berlin missachtet mit der Folge, dass die Landkreise mit eigenem Geld einspringen und die eigenen Haushalte in die Bredouille bringen mussten.

Die Forderungen der bayerischen Landkreise an die neue Bundesregierung

Wir, die 71 bayerischen Landkreise, haben unter dem Motto „NEUSTART JETZT: Finanziell, wirtschaftlich und strukturell!“ Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert, die am 23. Februar 2025 gewählt wird. Prioritär muss es in den kommenden Monaten darum gehen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten. Die alarmierende wirtschaftliche Situation ist nicht zu übersehen. Die anhaltende Konjunkturkrise gepaart mit strukturellen Problemen gefährdet uns alle. Wir brauchen Verlässlichkeit, massive Investitionsförderungen,

mutige Deregulierung und eine signifikante Entlastung der Unternehmen. Eine starke und stabile Wirtschaft ist das Fundament unserer Handlungsfähigkeit und die Grundlage, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren und die entsprechende Infrastruktur bereitzustellen.

Überregulierung in allen Bereichen

Überbordende Bürokratie und überhöhte Standards sind nicht nur das Schreckgespenst unserer Wirtschaft. Auch unsere Handlungsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, dass wir uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren können. Überflüssige Aufgaben und überhöhte Standards müssen abgebaut werden, um den Entscheidungsspielraum vor Ort zu stärken. Bürokratie muss in allen Bereichen – auch und gerade mit Hilfe der Digitalisierung – abgebaut werden.

Zukunftsvertrauen aufgrund der Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene

Dieser stark verkürzte Rück- und Ausblick auf die Themen zeigt, dass die Herausforderungen nicht geringer werden. Wenn man allerdings sieht, was die Landkreise trotz aller Hürden 2024 vor Ort geleistet haben (Ausschnitte ab Seite 46), kann man nicht anders, als mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Denn mit einem klaren Plan und entschlossenen Reformen kann vieles gelingen.

Trotzdem wird es nun an der neuen Bundesregierung sein, die Weichen für eine positive Entwicklung zu stellen, die Herausforderungen anzugehen und Chancen zu nutzen. Die Macher-Mentalität unserer Wirtschaft und unserer Bürgerinnen und Bürger war stets der Stabilitätsgarant schlechthin. Diesen gilt es künftig wieder in den Blick zu nehmen. Die Landkreise sind bereit, ihren Beitrag zu leisten. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft gestalten!

Ihr

Thomas Karmasin

Ihre

Andrea Degl



NEUSTART JETZT:

Finanziell, wirtschaftlich
und strukturell



BAYERISCHER
LANDKREISTAG

TELEFON: (089) 28 66 15 - 0 INFO@BAY-LANDKREISTAG.DE
KARDINAL-DÖPFNER-STR. 8, 80333 MÜNCHEN

Forderungen der 71 bayerischen Landkreise an die neue Bundesregierung

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr! Immer mehr Aufgaben, überbordende Vorgaben und stetig steigende Ausgaben gefährden die Handlungsfähigkeit der bayerischen Landkreise. Es ist Zeit für entschlossene Reformen durch die neue Bundesregierung, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten und die Lebensqualität vor Ort zu erhalten! Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und den Bürgern eine lebenswerte Zukunft zu bieten, ist eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Starke Kommunen brauchen eine starke Wirtschaft

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist alarmierend und zeigt sich in einer anhaltenden Konjunkturkrise. Hinzu kommen strukturelle Probleme. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist zu teuer, überreguliert und die Infrastruktur in die Jahre gekommen. Außerdem hat der wirtschafts- und klimapolitische Zickzackkurs der letzten Jahre die Unternehmen tief verunsichert. Neben verschlechterten Standortbedingungen wird das internationale Handelsumfeld zunehmend herausfordernd. Auch der Arbeitsmarkt leidet. Die deutsche Volkswirtschaft ist zum „schlafenden Riesen“ mutiert.

Eine starke und stabile Wirtschaft sichert die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Sie ist grundlegend für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sowie für die Bereitstellung von Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsdiensten. Diese Faktoren sind gleichzeitig entscheidend dafür, Unternehmen an Bayern als Standort zu binden. Stimmt die Lebensqualität, bleiben die Unternehmen hier und tragen

zur wirtschaftlichen Stabilität Bayerns bei. Wirtschaftliches Wachstum schafft Arbeitsplätze, garantiert den Menschen ein selbstbestimmtes Leben und ermöglicht den Kommunen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Eine starke und stabile Wirtschaft ist das Fundament für handlungsfähige Kommunen.

Die bayerischen Landrätinnen und Landräte fordern von der neuen Bundesregierung daher eine verlässliche Wirtschaftspolitik mit massiven Investitionsförderungen, mutiger Deregulierung und einer signifikanten Entlastung der Unternehmen. Hierbei handelt es sich nicht nur um ökonomische, sondern auch gesellschaftliche Notwendigkeiten, um Perspektiven vor Ort zu schaffen und um den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Öffentliche Dienstleistungen wie eine solide medizinische Versorgung, attraktive Bildungsangebote und ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sind entscheidend für die allgemeine Lebensqualität und müssen allen Menschen zugänglich sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land zu Hause sind.

Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen

Die Kommunen tragen über 25 % der Ausgaben, erhalten jedoch nur 14 % der Steuereinnahmen. Diese ungleiche Finanzierung muss dringend angegangen werden. Der Bund muss sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen und festgelegten gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche beteiligen („Wer anschafft, muss auch bezahlen“). Wir fordern daher eine signifikante Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 %.

Abbau von Aufgaben und Standards

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen hängt entscheidend davon ab, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dazu müssen sie von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards befreit werden. Ihre Entscheidungsspielräume vor Ort sind zu stärken und zu respektieren.

Komplexe, kleinteilige und praxisferne Vorschriften führen zu unnötigem Verwaltungsaufwand, verlängern die Bearbeitungszeiten für Bürger und Unternehmen und erschweren oft flexible Lösungen. Die Bürokratie entsteht jedoch primär im Parlament und den Ministerien, beides Institutionen, die nicht für die praktische Umsetzung der Gesetze verantwortlich sind – diese Aufgabe obliegt den kommunalen Verwaltungsbehörden.

Wir fordern daher schlanke, vollständig digital umsetzbare Rechtsnormen sowie mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Der Bund muss die Kommunen, die den Verwaltungsaufwand neuer Vorschriften am besten einschätzen können, intensiv, frühzeitig und auf Augenhöhe in den Gesetzgebungsprozess einbeziehen, beispielsweise durch moderierte Expertenworkshops im vertraulichen Rahmen.

Eine stärkere Fokussierung auf die Kernaufgaben bedeutet auch, dass der Bund keine neuen Aufgaben und Standards zu Lasten der Kommunen schaffen oder bestehende erweitern darf. Wir fordern daher ein Moratorium für neue Aufgaben und Standards. Bei unverzichtbaren Aufgaben und Standards müssen die zusätzlichen Belastungen der Kommunen vom Bund übernommen werden, und zwar nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“.

Zukunft durch Digitalisierung

Digitalisierung ist ein Schlüsselinstrument zur Bewältigung der vielen gewaltigen Zukunftsaufgaben in unserem Land. Ob Bildung, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmanagement oder Verwaltungsdienstleistungen: Digitale Technologien eröffnen effiziente, nachhaltige und innovative Lösungsansätze. Andere EU-Länder haben Deutschland bei der Digitalisierung mittlerweile abgehängt. Mittelmaß auf diesem Feld kann und darf aber nicht der Selbstanspruch eines Spitzentechnologie- und Industriestandorts wie Deutschland sein. Deutschland muss endlich digitalisierungsfreundlich werden, um wettbewerbs- und konkurrenzfähig zu bleiben. Vorschriften, die digitale Prozesse bremsen, gehören konsequent abgeschafft. Die Notwendigkeit, für eine Unterschrift persönlich im Amt zu erscheinen, muss auf das absolut not-

wendige Minimum reduziert werden: „Die Daten sollten laufen, nicht der Bürger!“. Auch die deutschen Datenschutzvorgaben müssen gelockert und an die Standards der führenden digitalen Nationen in Europa angepasst werden. Damit Deutschland die Entwicklungen in den besonders zukunftsweisenden Digitalisierungsfeldern nicht verpasst, braucht es insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz spezielle Experimentierräume für innovative Lösungen, um diese rasch erproben und einführen zu können.

Besonders ländliche Regionen sind auf eine flächendeckende digitale Infrastruktur angewiesen, um für die Menschen und Unternehmen vor Ort attraktiv zu bleiben. Daher müssen die Bundesförderung für den Glasfaseraufbau deutlich aufgestockt und die Förderbedingungen optimiert werden.

Reform der Pflegeversicherung

Im Bereich der professionellen Pflege drohen gravierende Versorgungslücken aufgrund des Arbeitskräftemangels, während gleichzeitig der Bedarf stark ansteigt. Das Sozialgesetzbuch XI (SGB XI) zur Pflegeversicherung sollte in das SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung) integriert werden, um die unpraktische Trennung zwischen häuslicher Krankenpflege und Behandlungspflege zu überwinden und die Pflege gegenüber medizinischen Leistungen zu stärken. Die Sektoren-

grenzen zwischen ambulanter und stationärer Pflege müssen aufgelöst werden, und der gesamte Versorgungsbereich vor der professionellen Pflege sollte stärker in den Fokus gerückt werden. Nur durch die Schaffung seniorengerechter und teilhabeorientierter Quartiere kann eine spürbare Entlastung der professionellen Pflege erreicht werden. Bund und Länder sind gefordert, gemeinsam Handlungsspielräume für die Kommunen zu schaffen und diese finanziell angemessen auszustatten.

Sicherung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen

Die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen steht auf der Kippe! Die von den Landkreisen getragenen Krankenhäuser sind von entscheidender Bedeutung für deren Sicherung, doch das kürzlich beschlossene Krankenhausreformgesetz des Bundes gefährdet genau diese Strukturen. Die erklärten Ziele der Reform – Entökonomisierung, Entbürokratisierung und Qualitätssteigerung – werden nicht erreicht und im ländlichen Raum oft ins Gegenteil verkehrt. Die Krankenhäuser sind weiterhin gezwungen, ihre Fallzahlen zu erhöhen, um wirtschaftlich tragfähig zu bleiben. Die neuen Vorhaltebudgets werden diesen Druck nicht mindern, da sie auf Fallzahlen vergangener Jahre basieren. Statt einer Vereinfachung wird die Krankenhausfinanzierung weiter verkompliziert, was zu steigendem Verwaltungsaufwand führt. Die angestrebte Qualitätssteigerung durch Leistungsgruppen und Qualitätskriterien wird insbesondere die Kliniken im ländlichen Raum belasten, die bereits jetzt

mit Defizitausgleichen im zweistelligen Millionenbereich vor nicht lösbaren finanziellen Herausforderungen stehen.

Die bayerischen Landkreise fordern deshalb von der neuen Bundesregierung sofortige finanzielle Unterstützung zur Sicherstellung der Betriebskosten für Krankenhäuser sowie einen Transformationsfonds zur Sicherung der Liquidität. Andernfalls droht ein schleichender Strukturwandel, der die flächendeckende Versorgung, insbesondere in der Notfallmedizin, gefährdet. Die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung erfordern ein grundlegendes Umdenken in der Finanz- und Personaleinsatzplanung. Der Fokus muss stärker auf Gesundheitsförderung und Prävention gelegt werden, anstatt auf Kuration. Zudem sollten wir diskutieren, wie Standards und Qualität gestaltet werden können, denn nicht jede Behandlung muss zwangsläufig von einem Arzt durchgeführt werden.

Reform des Sozialgesetzbuchs

Die gesetzlichen Grundlagen für steuerfinanzierte Sozialleistungen (SGB II, SGB XII, AsylbLG, Wohngeldgesetz) wurden in den letzten Jahren zunehmend verkompliziert. Hilfebedürftige Menschen müssen oft unterschiedliche Leistungen bei verschiedenen Behörden beantragen, die den Beratungsbedarf kaum noch decken können. Nicht selten müssen Behörden auch Vergleichsberechnungen und Kostenerstattungsverfahren betreiben. Dies führt zu unnötigen Heraus-

forderungen für Leistungsbezieher sowie für Verwaltungsmitarbeiter und Gerichte. Der Bundesgesetzgeber muss die parallelen Zuständigkeiten der verschiedenen Ressorts auflösen, Schnittstellen bereinigen und insbesondere eine einheitliche Grundversicherung für Erwerbsfähige schaffen – inklusive des Wohngeldgesetzes – mit einer zentralen Anlaufstelle (Jobcenter).

Kehrtwende in der Migrationspolitik

Die bayerischen Landrätinnen und Landräte fordern eine grundlegende Korrektur der gescheiterten Migrationspolitik vergangener Bundesregierungen. Seit Jahren strömen unkontrolliert zu viele Flüchtlinge nach Deutschland, während zu wenige abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen. Damit muss Schluss sein! Die neue Bundesregierung muss die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen und sich auf eine effektive Steuerung sowie tatsächliche Begrenzung der Zuwanderung konzentrieren. Unser Ziel lautet: „Weniger Zustrom, mehr Rückführungen!“

Die neue Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um den illegalen Asylbewerberzustrom tatsächlich dauerhaft zu begrenzen. Dazu gehören strenge Abweisungen an den EU-Außengrenzen, die Durchführung von Asylverfahren schon in den Drittstaaten genauso wie eine europaweite Harmonisierung von Sozialleistungen. Für die Durchführung der Asylverfahren müssen zentrale Einrichtungen geschaffen werden, die vom Bund betrieben werden. Weiterhin bestehende flüchtlingsbedingte Mehrkosten müssen den Kommunen vollständig erstattet werden. Die Abschaffung des subsidiären Schutzstatus, die Einschränkung des Familiennachzugs zu Geflüchteten, die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten und das Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme sind weitere Punkte, die die neue Bundesregierung zügig umsetzen muss. Ferner fordern wir ein klares Bekenntnis zur strikten Trennung von Asyl- und Arbeitsmigration. Insbesondere die Möglichkeit trotz eines abgelehnten Asylantrags dauerhaft zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu bleiben („Spur-

wechsel“), lehnen wir ab. Im Bereich der Aufenthaltsbeendigung fordern die bayerischen Landrätinnen und Landräte von der neuen Bundesregierung die Schaffung von tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die einen schnellen und konsequenten Vollzug der Ausreisepflicht gewährleisten. Hierzu gehört ein funktionierendes Rückkehrsystem, das auf verbindlichen Abkommen mit den Herkunftsstaaten beruht, aus denen viele Menschen irregulär und ohne jegliche Bleibeperspektive nach Deutschland einreisen.

Das Ausländerrecht ist durch unzählige überstürzte und unausgelegene Gesetzesänderungen in den letzten Jahren zu einer überkomplexen Rechtsmaterie geworden. Komplizierte Vorgaben, lange Bearbeitungszeiten in den Ausländerbehörden und frustrierte Fachkräfte, die im Heimatland auf ein Einreisevisum nach Deutschland warten, sind die Folge. Dabei ist Deutschland auf eine gut gesteuerte legale Migration insbesondere von qualifizierten Arbeits- und Fachkräften angewiesen, da viele deutsche Unternehmen in einem harten internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe aus aller Welt stehen. Die bayerischen Landrätinnen und Landräte fordern die neue Bundesregierung daher auf, das Aufenthaltsrecht von Grund auf zu entrümpeln und materiell zu vereinfachen.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts muss zurückgenommen werden. Die Einbürgerung ist Abschluss und nicht Zwischenschritt eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Gegen ausufernde Bundesgesetze in der Kinder- und Jugendhilfe und weitere finanzielle Belastungen

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentraler Bestandteil des sozialen Sicherungssystems, doch übermäßige gesetzliche Ansprüche, Fachkräftemangel und steigende Kosten setzen Kommunen und Jugendämter erheblich unter Druck. Gleichzeitig wächst der Ruf nach öffentlicher Verantwortung, da familiäre Strukturen schwächer werden und der Bedarf an externer Betreuung steigt. Wir müssen die Standards, Anforderungen und Aufgaben in der Jugendhilfe auf ein realistisches Maß reduzieren und die Handlungs- und Steuerungsspielräume erweitern.

Insbesondere fordern wir eine flexiblere Gestaltung des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter. So sollten die Angebote der Kindertagespflege insgesamt und diejenigen der Jugendarbeit zumindest in den Ferienzeiten rechtsanspruchs-

erfüllend sein. Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer muss – wie im Erwachsenenbereich – in staatlicher Verantwortung liegen; allein die Kindeswohlorientierte Begleitung hat einen Jugendhilfecharakter. Gerade in diesem Bereich gilt, dass die in den letzten Jahren geschaffene Komplexität und Kostenintensität von Regelungen einem Realitätscheck unterzogen werden müssen.

Schulbegleitungen sollten aus dem Eingliederungshilferecht herausgelöst und stärker ins Bildungssystem integriert werden.

Insgesamt dürfen die Landkreise nicht als Ausfallbürgen für unzureichend finanzierte soziale Regelleistungen und Förderprogramme fungieren. Neu geschaffene Rechtsansprüche müssen von Anfang an inhaltlich realistisch und finanziell tragfähig gestaltet werden. Daher muss der Bund dringend z.B. die Investitionskosten beim Ganztagsanspruch im Grundschulalter mindestens bis Ende der Ausbauphase 2030 fördern und seine Betriebskostenbeteiligung merklich erhöhen.

Angesichts der angespannten finanziellen Lage der Kommunen ist zudem jetzt nicht die Zeit für neue Ansätze einer inklusiven Reform. Das von der Ampelregierung beschlossene neue SGB VIII mit einer Zusammenführung aller Hilfen bei den Jugendämtern würde unabsehbare personelle und finanzielle Konsequenzen für die Landkreise mit sich bringen und darf in dieser Form nicht kommen.

Krisenbewältigung im Verkehr und ÖPNV: Finanzierungsengpässe und Infrastruktur

Die Finanzierung des Verkehrs in Deutschland ist unzureichend. Um unseren Wirtschaftsstandort zu sichern, müssen wir unsere Schienen- und Straßeninfrastruktur dringend sanieren und ausbauen. Das aktuelle Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kann unter den bestehenden staatlichen Bedingungen nicht aufrechterhalten werden. Verlässlichkeit, Stabilität und Planbarkeit sind

entscheidend für einen funktionierenden ÖPNV. Ein günstiges Ticket nützt nichts, wenn die Busse nicht fahren. Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, müssen wir den Zugang zum Busführerschein erleichtern, ausländische Führerscheine anerkennen und die Ausbildungskosten senken. Außerdem sollte der bürokratische Aufwand für die Verkehrsunternehmen deutlich reduziert werden.

Notwendige Reformen für eine praxisnahe Klima- und Umweltpolitik angehen!

Im Bereich der Klima- und Umweltpolitik müssen europäische und nationale Regeln auf ihre Praxistauglichkeit, Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit hin überprüft werden. Dabei sollte der Grundsatz der Subsidiarität, also die Entscheidung auf der niedrigsten möglichen Ebene, im Mittelpunkt stehen. Es bedarf der radikalen Vereinfachung und Reduzierung von Verwaltungsverfahren. Anstelle von detailverliebten Regelungen und Kontrollzwang benötigen wir mehr Flexibilität auf kommunaler Ebene.

Wir fordern vom Bund, den Artenschutz weniger aufwendig auszugestalten und hierzu auf erforderliche Änderungen im EU-Recht hinzuwirken. Um die Handlungsfähigkeit in den Bereichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu stärken, muss der Fokus auf einem regionalen Bestandsmanagement liegen. Zudem müssen Ausgleichsmaßnahmen, die für Eingriffe in die

Natur erforderlich werden, zeitlich von den betreffenden Maßnahmen entkoppelt werden, um schneller zu werden.

Wir fordern vom Bund, verlässliche Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung zu schaffen. Die Länder müssen in die Lage versetzt werden, eine grundständige Finanzierung der Kommunen sicherzustellen. Zudem sind die Kommunen an den Einnahmen der CO₂-Bepreisung zu beteiligen. Förderprogramme oder Mischfinanzierungstatbestände lehnen wir entschieden ab.

Wir fordern vom Bund, in einem Sofortprogramm kostengünstige und schnell umsetzbare Maßnahmen zu priorisieren. Beispielsweise kann durch eine sofortige und vollständige Einführung eines europaweiten Verbots der Deponierung von Hausmüll der europaweite CO₂-Ausstoß kurzfristig erheblich gesenkt werden. Die Überlegung der Einbeziehung der thermischen Abfallverwertung in den EU-Emissionshandel wirkt dem entgegen. Wir lehnen etwaige Vorstöße vor diesem Hintergrund ab.

Kreislaufwirtschaft muss global gedacht werden!

Die Landkreise und ihre öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger garantieren eine langfristig verlässliche und ökologisch sichere Verwertung und Beseitigung der Abfälle zu angemessenen Kosten. Durchbrechungen dieses Systems haben sich nicht bewährt. Aktuell hat Deutschland ein Recyclingsystem, das trotz hohen Verwaltungsaufwands und Kosten keinen Mehrwert für den Verbraucher und Umwelt bietet. Den Wunsch nach vollständig geschlossenen Wertstoffkreisläufen halten wir mit Blick auf die im Verkehr befindlichen Produkte in absehbarer Zukunft für nicht realistisch. Damit funktionierende Wertstoffkreisläufe entstehen können, muss die Ressourcenschonung bereits bei der Produktgestaltung beginnen.

Wir fordern vom Bund, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, die Hersteller stärker in die Produktverantwortung zu nehmen und sie angemessen an den Kosten für die Produktsammlung und das Recycling zu beteiligen. Wegwerfartikel, wie Einweg-E-Zigaretten, muss der Bund verbieten.

Wir fordern vom Bund, das bestehende Duale System grundlegend zu reformieren. Die Zuständigkeit für sämtliche wertstoffhaltige Abfälle, einschließlich aller Verpackungen, muss auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger übertragen werden. Durchbrechungen dieses Grundsatzes in der Vergangenheit haben sich nicht bewährt.

In Bezug auf die Suche nach einem atomaren Endlager stellen wir fest, dass die Dauer des Suchprozesses unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen einen

sicherheitsrelevanten Faktor darstellt, dem ein höheres Gewicht beigemessen werden muss. Wir fordern zudem vom Bund, den Prozess der Endlagersuche durch gesetzliche Anpassungen und dem schnellen Ausschluss geologisch ungeeigneter Regionen deutlich zu beschleunigen.

Technologieoffener Umbau des Energiesystems bringt Standortvorteile!

Wir treten für einen technologieoffenen, mengenbezogenen und gesteuerten Ausbau erneuerbarer Energien (EE) ein. Der derzeitige Wildwuchs sowie fehlende sektorübergreifende Energiekonzepte führen zu einer Kostenexplosion und schaden der Wirtschaft und den Bürgern. Die Konzepte für den Umbau des Energiesystems durch erneuerbare Energien müssen zudem stärker an den regionalen Gegebenheiten, den volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sowie realistischen Zeithorizonten orientiert werden. Aktuell mangelt es nicht am Zubau erneuerbarer Energien, sondern an der notwendigen Verteilung, Speicherung sowie der sektorübergreifenden Verwertung volatiler Erzeugungsmengen. Der Ausbau der Erneuerbaren darf nicht abgewürgt, sondern muss örtlich und zeitlich besser organisiert und abgestimmt werden.

Wir fordern vom Bund, den aus dem Ruder laufenden Energiekosten wirksam zu begegnen, indem er einen stärkeren Fokus auf dezentrale Lösungen legt. Mit einer technologieoffenen Herangehensweise, mehr kommunaler Steuerung, regionalisierten EE-Ausbaukorridoren und Speicherstrategien, Sektorenkopplung und der Synchronisierung des EE-Zubaus mit dem Netzausbau werden Infrastrukturkosten effektiv gesenkt und ein verlässliches Investitionsumfeld geschaffen.

Wir fordern vom Bund, sich für einen resilienten, akzeptanzorientierten und gleichmäßigen EE-Ausbau auf Grundlage eines sektorübergreifenden Gesamtkonzepts einzusetzen, die EEG-Förderung in regionalisierter Form fortzuführen und Energiegemeinschaften nach EU-Recht umfassend zu ermöglichen.

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im Kloster Banz – Kommunale Herausforderungen im Fokus

Vom 14. bis 16. Januar fand im Kloster Banz die jährliche Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion statt. Unter der Überschrift „Vertrauen stärken – Lösungen liefern!“ waren dabei nicht nur Wirtschaft und Handwerk zentral für die Parlamentarier, sondern auch die Kommunen. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, und Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, diskutierten unter dem Motto „Kommunen im Fokus – Gemeinsam stark durch die Krise“ die aktuelle Situation in den bayerischen Kommunen.

Gemeinsames Ziel: Gute Lebensbedingungen für alle

Die Diskussion verdeutlichte, dass die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern und die Mitglieder des Bayerischen Landtags eine gemeinsame Mission verfolgen: die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Dabei stellte sich heraus, dass die Vorstellung von einem „guten Leben“ sehr individuell sein kann. Dennoch gibt es grundlegende Anforderungen, die für alle gelten: Arbeitsplätze, Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr sind essenziell.

„In der aktuellen Situation ist es jedoch wichtig, die Realität nicht aus den Augen zu verlieren. Auch die Kommunen stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, damit die kommunale Handlungsfähigkeit nicht gefährdet wird“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Teufelskreis der Unterfinanzierung

Ein zentrales Anliegen der Präsidenten und des Vorsitzenden war die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Während über 25 % der öffentlichen Ausgaben von den Kommunen getragen werden, erhalten sie lediglich 14 % der Steuereinnahmen. Sie waren sich



V.l.n.r.: Vorsitzender des Bayerischen Städtetags Markus Pannermayr, CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek, MdL, Präsident des Bayerischen Landkreistags Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Bezirketags Franz Löffler

einig, dass diese ungleiche Verteilung dringend angegangen werden muss. Die Anhebung des Verbundanteils um 0,25 Prozent im Rahmen des Anfang November 2024 verhandelten kommunalen Finanzausgleichs wurde als erster Schritt in die richtige Richtung bewertet. Angesichts der stark gestiegenen Ausgaben können die daraus resultierenden Mittel aber als nicht ausreichend angesehen werden.

„Die Ausgaben in Bereichen wie soziale Dienste, Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhäuser und öffentlicher Nahverkehr nehmen kontinuierlich zu und übersteigen oft die verfügbaren Ressourcen. Diese Situation erfordert eine grundlegende Neubewertung der Schulden-

bremse und eine ausführliche Diskussion über die künftige Finanzierung der Kommunen“, so Karmasin.

Notwendigkeit eines übergeordneten Plans

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags betonte die Notwendigkeit eines übergeordneten Plans, insbe-



Präsident Thomas Karmasin

sondere im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen. Die von den Kommunen getragenen Krankenhäuser seien von zentraler Bedeutung, jedoch gefährdeten aktuelle Reformen deren Existenz.

Er forderte sofortige finanzielle Unterstützung des Bundes zur Sicherstellung der Betriebskosten der Krankenhäuser, um die flächendeckende medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

Kehrtwende in der Migrationspolitik

Zusätzlich wurde die Migrationspolitik als entscheidendes Thema angesprochen. Eine effektive Steuerung der Zuwanderung ist notwendig, um die Belastungen der Kommunen im Bereich der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu bewältigen und die finanziellen Mittel für die Kernaufgaben der Kommunen nicht zu gefährden.

Fazit: Gemeinsam stark durch die Krise

Die Klausurtagung im Kloster Banz hat die aktuellen Herausforderungen der bayerischen Kommunen verdeutlicht und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Bayerischer Staatsregierung, Bayerischem Landtag und Kommunen unterstrichen. Die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände forderten eine stärkere finanzielle Unterstützung durch den Bund sowie einen Abbau bürokratischer Hürden, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten. „Nur durch eine enge Kooperation und die Schaffung fairer finanzieller Rahmenbedingungen können die Herausforderungen erfolgreich gemeistert und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Bayern gesichert werden“, so Karmasin.



V.l.n.r.: Markus Pannermayr, MdL Klaus Holetschek, Franz Löffler, Thomas Karmasin, MdL Holger Dremel

Praxistage des Bayerischen Innovationsrings 2024 und Bayerische Innovationstage 2025 – gemeinsam weiterkommen

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Vom 8. bis 9. Juli 2025 werden in der Sparkassenakademie in Landshut die diesjährigen Bayerischen Innovationstage stattfinden. Alle Landratsämter sind herzlich dazu eingeladen, daran teilzunehmen.

Praxistage des Bayerischen Innovationsrings 2024

Der Innovationsring veranstaltet seit 2018 Praxistage, in denen die vier Projektgruppen

- Organisation/E-Government, unter der Leitung von Landrat Dr. Alexander Legler, Landkreis Aschaffenburg,
 - Personal und Führung, geleitet von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land,
 - Service- und Kundenorientierung, unter der Leitung von Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, sowie
 - Betriebswirtschaft, geleitet von Landrat Thomas Bold, Landkreis Bad Kissingen,
- konkrete Projekte in den Mittelpunkt stellen und über ihre Erfahrungen bei der Umsetzung berichten.

Der Bayerische Innovationsring

Die Landratsämter in Bayern stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen: Die demografische Entwicklung macht es zunehmend schwieriger, die notwendigen Fachkräfte zu gewinnen. Gleichzeitig schränken Aus-

gabensteigerungen (z.B. im Sozialbereich) die finanziellen Handlungsspielräume erheblich ein. Die Digitalisierung der Landratsämter gewinnt zudem weiter an Bedeutung. Der von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, geleitete Innovationsring des Bayerischen Landkreistags hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Landratsämter bei der Umsetzung von Projekten zur Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung zu unterstützen und den kollegialen Erfahrungsaustausch weiter zu stärken. Denn die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden!

Praxistag „Organisation/E-Government“ am 02.07.2024

Bereits der erste Praxistag im Jahr 2024 ist auf eine große Resonanz gestoßen. Projektgruppenleiter Landrat Dr. Alexander Legler, Landkreis Aschaffenburg, konnte über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rd. 60 Landkreisen zum Praxistag begrüßen. Die Teilnahme war sowohl in Präsenz im Landratsamt Aschaffenburg als auch digital möglich. Die Projektgruppe



Katharina Friedl, Landratsamt Aschaffenburg (vorne links), informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Praxistags „Organisation/E-Government“ am 02.07.2024 über die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen im Landratsamt. Vorne Mitte Projektgruppenleiter Dr. Alexander Legler, Landkreis Aschaffenburg, und Klaus Geiger, Referent beim Bayerischen Landkreistag (vorne rechts).



„Organisation/E-Government“ unterstützt die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung und hat beim Praxistag folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Aktuelle Themen zum digitalen Landratsamt mit Unterstützungsangeboten und Umsetzungsempfehlungen,
- Möglichkeiten und Grenzen von Künstlicher Intelligenz sowie

AMTFLUENCER

EINE CHANCE FÜR DIE PERSONALGEWINNUNG IM LANDKREIS RHÖN-GRABFELD



Auszug aus dem Praxisbericht zum Thema „Amtfluencer – eine Chance für die Personalgewinnung im Landkreis Rhön-Grabfeld“

- Praxisberichte zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie im Landratsamt Regensburg, zur Einführung und zum Einsatz der digitalen Akte im Landratsamt Roth, zur OZG-Cloud als Lösung für die digitale Fachstellenbeteiligung im Landratsamt Fürth sowie zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen im Landratsamt Aschaffenburg.

Praxistag „Personal und Führung“ am 09.07.2024

Die Projektgruppe „Personal und Führung“ unter der Leitung von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, unterstützt die Landratsämter bei den Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Fachkräftemangels sowie der Personalgewinnung und Personalbindung. Der Praxistag war zugleich die 50. Sitzung der Projektgruppe und ist mit rd. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus rd. 50 Landkreisen ebenfalls auf großes Interesse gestoßen. Schwerpunkte des Praxistags waren

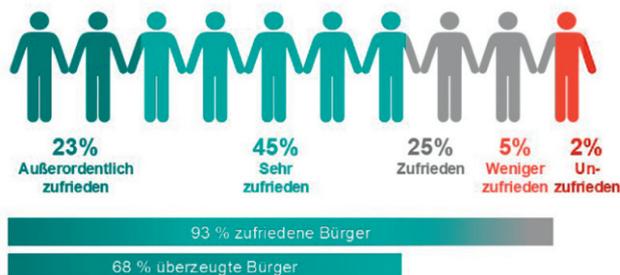
- die Personalsoftware der AKDB,
- aktuelle Themen des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern zu ausgewählten tarifpolitischen und arbeitsrechtlichen Themen sowie
- Praxisberichte zu Chancen und Potentialen von Mitarbeiterbefragungen am Beispiel des Landratsamts Schweinfurt, zu Amtfluencer – eine Chance für die Personalgewinnung im Landratsamt Rhön-Grabfeld sowie zur Dienstvereinbarung zum flexiblen Arbeiten im Landratsamt Nürnberger Land.

Praxistag „Service- und Kundenorientierung“ am 17.10.2024

Auch bei der weiteren Verbesserung der Service- und Kundenorientierung gilt, dass das Rad nicht von jedem Landratsamt neu erfunden werden muss. Projektgruppenleiter Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, hat dies zum Schwerpunkt des Praxistags der Projektgruppe gemacht und konnte 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 40 Landkreisen so-

DIE GESAMTZUFRIEDENHEIT MIT DEN LANDRATSÄMTERN LIEGT WEITERHIN AUF SEHR HOHEM NIVEAU

93 % der Bürger*innen sind zufrieden mit Ihrem letzten Kontakt mit dem Landratsamt



*Top-2-Wert = Anteil der Antworten „außerordentlich zufrieden“ und „sehr zufrieden“

1 – © Ipsos | Praxistag „Service- und Kundenorientierung“ | Auswertung der Bürger-Kundenbefragungen | Handlungsempfehlungen zur Service- und Kundenorientierung | 17. Oktober 2024



Auszug aus der Auswertung der Bürger-/Kundenbefragungen an den Landratsämtern durch die Ipsos GmbH mit Handlungsempfehlungen zur Umsetzung.

wohl im Landratsamt Ebersberg als auch digital begrüßen. Im Mittelpunkt standen

- die Auswertung der Bürger-/Kundenbefragungen mit Handlungsempfehlungen zur Umsetzung,
- digitale Verwaltungsleistungen des Landratsamts (u.a. BayernPackages) sowie
- Praxisberichte zur Service- und Kundenorientierung im Landratsamt Ebersberg, zu Wissensmanagement und zur telefonischen Erreichbarkeit im Homeoffice im Landratsamt Oberallgäu und zur Online-Terminvereinbarung im Landratsamt Aschaffenburg.

Praxistag „Betriebswirtschaft“ am 21.11.2024

Die Projektgruppe „Betriebswirtschaft“ des Innovationsrings unter der Leitung von Landrat Thomas Bold, Landkreis Bad Kissingen, befasst sich insbesondere mit der Finanzausstattung der Landkreise sowie der Umsetzung von Vorgaben des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens. Schwerpunkte des Praxistags waren

- die Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2025,
- die AKDB-Lösung SDS.Control für Finanzanalyse, Berichterstellung und Dashboards mit der Online-Plattform für interkommunale Vergleiche sowie
- Praxisberichte zum Kennzahlenvergleich im Landratsamt Miltenberg, zum Controlling mit Kennzahlen im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen sowie zur Umsetzung der E-Rechnung im Landratsamt Haßberge.

Mit 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 35 Landkreisen war auch dieser Praxistag gut besucht.

Weiterer Austausch im Landkreisnetz

Für den weiteren Austausch und das gegenseitige „Netzwerken“ auch nach den Praxistagen steht das soziale Netzwerk des Bayerischen Landkreistags (Landkreisnetz) zur Verfügung. Das Landkreisnetz wurde auf Initiative des Innovationsrings eingeführt und steht seit Juli 2017 allen Landratsämtern kostenlos zur Verfügung. Das Landkreisnetz und die Praxistage gehen so Hand in Hand.

Leitfäden des Innovationsrings

Die von den Projektgruppen des Bayerischen Innovationsrings erarbeiteten Leitfäden sind über die Internetseite des Bayerischen Landkreistags unter <https://www.bay-landkreistag.de/landkreistag/bayerischer-innovationsring/> kostenlos abrufbar.

Positives Fazit und Bayerische Innovationstage 2025

Die Praxistage sind auch im Jahr 2024 wieder auf großes Interesse gestoßen. Die bereits guten Teilnehmerzahlen bei der letzten Durchführung im Jahr 2022 konnten nochmals gesteigert werden. Auch die Gesamtbewertung der einzelnen Praxistage war durchwegs positiv.

Im Wechsel mit den Praxistagen führt der Bayerische Innovationsring seit 2015 die Bayerischen Innovationstage durch. Die nächsten Innovationstage finden am 08./09.07.2025 im Tagungszentrum der Sparkassen-Finanzgruppe in Landshut statt. Zielgruppe sind die Landrätinnen und Landräte sowie die für die Umsetzung verantwortlichen Führungskräfte und Beschäftigten. Ein Schwerpunkt der Tagung ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Landratsämtern. Der Bayerische Staatsminister für Digitales, Dr. Fabian Mehring, MdL, hat sein Kommen bereits zugesagt. Wir freuen uns auf einen interessanten Austausch!

interkommunale Vergleiche

Wer sind die Initiatoren der Plattform?

- Der interkommunale Vergleich geht auf eine Initiative des Innovationsrings des Landkreistags zurück.
- Gemeinsam mit Mitgliedern des Innovationsrings und der AKDB wurde die Plattform entwickelt.
- Zum 01.01.2024 wurde sie in die moderne Welt der Smart Dataservices übernommen.



Auszug aus der Präsentation der AKDB zu SDS.Control für Finanzanalyse, Berichterstellung und Dashboards sowie zur Online-Plattform für interkommunale Vergleiche.



Die Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern: Operation am offenen Herzen ohne Narkose

Von Dr. Klaus Schulenburg, Stellvertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds, Referent für Soziales, Gesundheit, Krankenhauswesen beim Bayerischen Landkreistag

Die vom Bund beschlossene Reform der Vergütung der Betriebskosten der Krankenhäuser wird die Landkreise und ihre Krankenhäuser in den nächsten Monaten vor große Herausforderungen stellen. Sollte der Bund nicht endlich die erheblichen Kostensteigerungen der vergangenen drei Jahre ausgleichen und der Freistaat Bayern bei der Krankenhausbedarfsplanung eine aktivere Rolle einnehmen, droht der vielfach befürchtete kalte Strukturwandel oder gleicht – um im Bild zu bleiben – einer Operation am offenen Herzen ohne Narkose.

Das Reformgesetz des Bundes

Der Bund hat nach zwei Jahren politischer Diskussion mit den Ländern das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) beschlossen, das nun zum 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Betriebskostenfinanzierung soll aus Sicht des Bundes vor allem die Gewährleistung der Versorgungssicherheit (Daseinsvorsorge) durch eine Vorhaltevergütung, die Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität durch die Vorgabe von Qualitätskriterien für Leistungsgruppen sowie eine Entbürokratisierung des Finanzierungssystems erreicht werden.

Über die Notwendigkeit einer Krankenhausreform besteht seit Jahren Übereinstimmung zwischen allen Beteiligten sowohl in der Politik als auch in der Fachlichkeit. Deutschland weist im internationalen Vergleich zu viele Krankenhausstandorte, zu viele aufgestellte Betten, ein schlechteres Verhältnis von Ärzten und Pflegekräften zu Patienten und einen viel zu hohen Anteil an stationären Leistungen in der Versorgung auf. Nach neueren Zahlen der OECD zählt das deutsche Gesundheitssystem mit zu den teuersten weltweit, gemessen an der Lebenserwartung der Bevölkerung werden wir von anderen Ländern jedoch deutlich überholt.

So begrüßenswert die erst von der Ampel-Koalition – nach Jahren des Stillstands unter der großen Koalition – auf Bundesebene beschlossene Krankenhausreform dem Grunde nach sein mag, so problematisch verlief im Nachhinein betrachtet die politische Diskussion darüber in den vergangenen beiden Jahren. Das Bundesgesundheitsministerium weigerte sich strikt, den

Sachverstand der Krankenhausgesellschaften oder auch der kommunalen Spitzenverbände, die immerhin die zur Krankenhausversorgung sicherstellungsverpflichteten Landkreise und kreisfreien Städte vertreten, bei der Entwicklung der Reformüberlegungen mit einzubinden. Vor diesem Hintergrund muss es nicht verwundern, wenn mit der Neugestaltung der Vergütung der Betriebskosten der Krankenhäuser der zweite vor dem eigentlich notwendigen ersten Schritt der Bestimmung der Bedarfsnotwendigkeit der stationären Versorgung gemacht wurde.

Wesentliche Kritikpunkte am KHVVG

Das KHVVG koppelt die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser zukünftig an die Erfüllung von Qualitätskriterien für zugewiesene Leistungsgruppen. Damit zwingt der Bund die Länder, ihre bisherige Krankenhausplanung nach Fachabteilungen und Planbetten aufzugeben. Diese Umstellung wird von den meisten Fachleuten als zeitgemäße Weiterentwicklung der Krankenhausplanung angesehen. Problematisch ist allerdings, dass die insbesondere von medizinischen Fachgesellschaften mit entwickelten Qualitätskriterien und Mindestvorhaltezahlen von einem zu hohen Standardniveau nicht nur für Grund- und Regelversorgungshäuser ausgehen. Gerade die Einhaltung von ärztlichem Fachpersonal und die Kombination verschiedener spezialisierter Leistungsgruppen wird auch manches Schwerpunkt Krankenhaus vor erhebliche Herausforderungen stellen. Ob die vom Bund vorgesehenen Abweichungsmöglichkeiten der Länder unter bestimmten Voraussetzungen ausreichen werden für die Sicherstellung der akutstationären Versorgung in der Fläche, muss abgewartet werden.

Besonders ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, dass die notwendige Rechtsverordnung des Bundes nach dem Gesetz zwar für den 31. März 2025 angekündigt ist, die Erarbeitung jedoch aufgrund der nicht abzusehenden Bundestagswahl und Neukonstituierung der Bundesregierung voraussichtlich das gesamte nächste Jahr in Anspruch nehmen wird. Bis zum Inkrafttreten der genannten Rechtsverordnung muss mit den aus Praxissicht unzureichenden Vorgaben aus den Anhängen zum KHVVG gearbeitet werden.

Vom Grundsatz her auf den ersten Blick ebenfalls zuzustimmen ist den Reformbemühungen, soweit sie sich auf die Begrenzung des sogenannten Mengeneffektes der DRG-Fallpauschalen beziehen. Das aktuelle System zwingt die Krankenhäuser dazu, möglichst viele Fälle zu erbringen, am besten in solchen Fallgruppen, in denen hohe Erlöse zu erzielen sind. Dies verstärkt den Trend, dass eine ganze Reihe von Grund- und Regelversorgern wie auch von Schwerpunktkrankenhäusern spezialisiertere Leistungen anbieten, die eigentlich nicht zu ihrem Versorgungsauftrag gehören, um im Standortwettbewerb möglichst attraktiv für die Bevölkerung und für Mediziner zu sein. Positiver Nebeneffekt war, dass mit diesen zusätzlichen Erlösen die Vorhaltekosten und die defizitären Leistungsbereiche quersubventioniert werden konnten.

Mit der Einführung von Vorhaltebudgets sollen nun die Krankenhäuser je nach Leistungsgruppe 40–60 % ihrer Ausgaben über Vorhaltebudgets unabhängig vom Fallaufkommen refinanzieren können. Damit sollen insbesondere kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum abgesichert werden, die zur Aufrechterhaltung der Flächenversorgung dringend notwendig sind, ihre Kosten jedoch nicht durch hohe Fallzahlen abdecken können. Dies entspricht zunächst einer langjährigen Forderung des Bayerischen Landkreistags. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die außerordentlich komplizierten Regelungen des KHVVG zur Ermittlung dieser Vorhaltebudgets in letzter Konsequenz wieder von den Fallzahlen vorhergehender Rechnungsperioden abhängig sind. Der vom Bundesgesundheitsministerium wiederholt bekräftigte entlastende Effekt für die Krankenhäuser dürfte aller Voraussicht nach nicht eintreten, was von einem Gutachten der Deutschen Krankenhausgesellschaft bestätigt wurde (sog. Vebeto-Gutachten). Schon bei der Vorbereitung auf die Umsetzung der Reform setzen viele Krankenhäuser jetzt alles daran, ihre Fallzahlen nach der Corona-Pandemie wieder zu steigern, um die Mindestfallzahlen und die Voraussetzungen für die Beantragung möglichst vieler

Leistungsgruppen zu erreichen. Das von der Reform verfolgte Ziel der Mengenbegrenzung wird somit derzeit ins Gegenteil verkehrt.

Auf die weiteren Einzelheiten des Reformgesetzes und die Auswirkungen auf die Praxis kann hier nicht eingegangen werden. Eindeutig ist jedoch der Befund, dass sich die Kompliziertheit der Gesetzesmaterie kaum noch überbieten lässt. Die Entbürokratisierung als eines der großen Ziele der Reform muss schon jetzt als nicht erreicht angesehen werden. Was als unzureichende Krankenhausvergütungsreform vom Bund auf den Weg gebracht wurde, ist letztlich ein Strukturreformgesetz mit massiven Auswirkungen auf die Kompetenz der Länder bei der Krankenhausplanung.

Umsetzung der Reform in Bayern

Das Bayerische Kabinett hat in seiner Sitzung vom 22.10.2024 zur Umsetzung der Krankenhausreform einen 7-Punkte-Plan zur Unterstützung der bayerischen Krankenhausträger beschlossen. Der Bayerische Landkreistag begrüßt die darin angekündigte Bereitstellung einer bayernweiten Datengrundlage zu den (voraussichtlichen) künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser, die Erstellung eines bayernweiten Gutachtens zur Prognose künftiger Patientenzahlen sowie die in Aussicht gestellte Veröffentlichung von Leitplanken („Matrix“) für künftig vorzuhaltende medizinische Leistungsangebote und notwendige Anpassungen bei der Vorhaltung von Rettungsmitteln. Diese Maßnahmen sind Voraussetzung für die Vorbereitung der beabsichtigten Beantragung der verschiedenen Leistungsgruppen durch die Krankenhäuser.

Daneben finanziert die Staatsregierung regionale Strukturgutachten. Die Ergebnisse daraus sollen im Rahmen von Regionalkonferenzen von Vertretern von Krankenhausträgern und kommunalen Entscheidungsgremien diskutiert werden. Für die Organisation und fachkundige Begleitung dieser Regionalkonferenzen sollen externe Moderatoren zur Verfügung gestellt werden können. Damit wird zwar die Entscheidungsautonomie der Krankenhäuser und ihrer Träger bei der Zuordnung der Leistungsgruppen gewahrt, jedoch gleichzeitig jede Übernahme von Verantwortung bei der Gestaltung des Prozesses abgelehnt.

Die Bayerische Staatsregierung spricht wiederholt davon, dass die krankenhauplanerischen Entscheidungen bei der Beantragung von Leistungsgruppen in erster Linie von den sicherstellungsverpflichteten



Landkreisen und kreisfreien Städten getroffen werden müssten, da nur diese Kenntnis von den örtlichen Verhältnissen hätten.

Aus kommunaler Sicht erschließt sich jedoch nicht, wie aus dem Sicherstellungsauftrag der Landkreise nach Art. 51 Abs. 3 Nr. 1 LKrO zur Errichtung und Unterhaltung von erforderlichen Krankenhäusern (in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit!) eine Verantwortung für eine Krankenhausplanung abgeleitet werden sollte. Die Verpflichtung zur Krankenhausplanung richtet sich nach dem Wortlaut des § 6 KHG an die Länder. Nach Art. 3 BayKrG wird vom Freistaat für das gesamte Staatsgebiet ein Krankenhausplan aufgestellt und fortgeschrieben. Die Bedarfsnotwendigkeit im Einzelfall stellt die Krankenhausplanungsbehörde nach Art. 5 BayKrG fest. Letztlich handelt es sich dabei um eine antragsbewährte Fortführung eines Besitzstandsregisters, die in früheren Zeiten ausreichenden Personals und Finanzmittel adäquat gewesen sein mag, entspricht aber schon seit Jahren nicht den Anforderungen an eine moderne Krankenhausplanung.

Vor diesem Hintergrund wird die Aufforderung zu Regionalkonferenzen zur Ausarbeitung und Umsetzung erforderlicher Strukturanpassungen mit Blick auf einen auf Wettbewerb ausgerichteten Krankenhausmarkt nicht funktionieren, zumindest dort nicht, wo die Vor-

stellungen der Träger auseinanderlaufen. Auf freiwilligem Weg wird kaum ein Krankenhausträger bereit sein, auf lukrative Leistungsgruppen zu verzichten. Es besteht daher die große Gefahr, dass hinsichtlich einzelner Leistungsgruppen in einer ganzen Reihe von Regionen eine Überversorgung fortgeführt wird, während in anderen Regionen eine Unterversorgung von nicht lukrativen Leistungsgruppen droht. Die Krankenhausplanungsbehörde wird überall dort, wo man sich auf regionaler Ebene nicht einigen kann, selbst die Verantwortung zur Organisation und Moderation von Regionalkonferenzen übernehmen müssen, um politischen Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben.

Wenn der Freistaat und seine kommunalen Träger in den nächsten Jahren die gemeinsam getragene Investitionskostenförderung zielgerichtet in die Fläche bringen, die Kliniken vor einem ruinösen Wettbewerb um das immer knapper werdende Personal schützen und einen kalten Strukturwandel vermeiden wollen, muss der Freistaat die Krankenhausplanung in eigener Verantwortung und unter Einbeziehung der weiteren Fachministerien, etwa des Wissenschaftsressorts für die Universitätskliniken und das Innenressort für den Rettungsdienst, konkret selbst in die Hand nehmen. Ansonsten drohen gerade bei der notfallmedizinischen Versorgung Lücken, die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen gefährden.

VERSORGT am ORT (VaO): Ein innovativer Ansatz zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch regionale Versorgungsräume

Von Julia Bräuer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften, Projektgeschäftsstelle Medizincampus Oberfranken, Universität Bayreuth

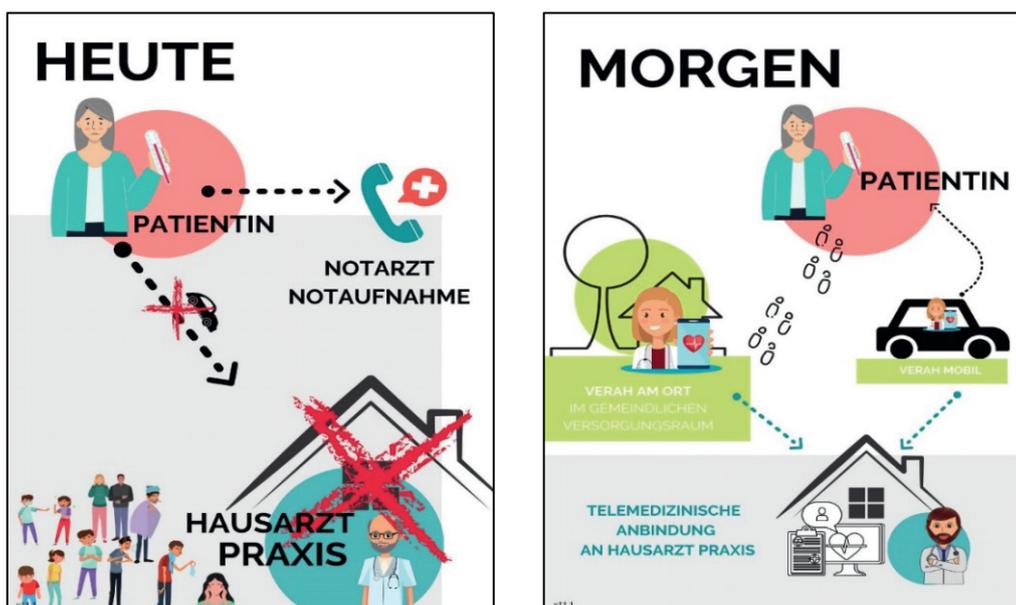
Viele Regionen Deutschlands stehen vor einer hausärztlichen Unterversorgung. Der steigende Bedarf an medizinischer Versorgung einer alternden Bevölkerung trifft auf eine ebenso alternde Ärzteschaft: Immer mehr Hausärzt:innen – demnächst auch die Baby Boomer – erreichen das Rentenalter, während der Nachwuchs fehlt. Diese Entwicklung erfordert neue, effiziente Strategien, um bestehende und zukünftige Versorgungslücken zu schließen. Eine Antwort bietet **VERSORGT am ORT (VaO)**.

Das Projekt **VaO**¹ bietet eine innovative Lösung für Patient:innen, die zwar regelmäßig auf Hausbesuche angewiesen, aber in ihrem nahen Umkreis mobil sind: Seit Mai 2023 können sie zentrale Räume im Wohnort aufsuchen und werden in diesen sogenannten **VaO-Räumen** versorgt. Durch die Verlagerung des Ortes der Leistungserbringung und die dortige Verknüpfung mehrerer Termine können Versorgungsassistent:innen Fahrt- und Rüstzeiten einsparen – eine Entlastung sowohl für die Assistent:innen als auch für die delegierenden Hausärzt:innen.

VaO bleibt dabei klar innerhalb des bestehenden Delegationsrahmens: Es handelt sich nicht um eine Substitution oder eine Ausweitung der Delegation ärztlicher Leistungen. Das Projekt fokussiert sich auf eine effizientere Organisation der bestehenden Strukturen.

Das Konzept in der Praxis

Aktuell wird das VaO-Konzept durch drei Hausarztpraxen im bayerischen Streutal angewendet. Acht VaO-



¹ Das Projekt **VERSORGT am ORT** wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention und unterstützt von der Streutalallianz, den HeimatUnternehmen Bayerische Rhön, der AOK Bayern, der Siemens-Betriebskrankenkasse und dem Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen. Die Universität Bayreuth leitet das Projekt und nimmt die wissenschaftliche Evaluation vor.



Räume stehen den Patient:innen in verschiedenen Gemeinden zur Verfügung. Seit September 2024 wird das Konzept auch in der Vergleichsregion Aub getestet. VaO erprobt, ob es bei gleichbleibender oder steigender Zufriedenheit, Versorgungs- und Lebensqualität, mit seinem minimalinvasiven und ressourcenschonenden Ansatz einen Beitrag zur Sicherstellung der ländlichen Versorgung leisten kann. Die Evaluation umfasst dabei sowohl ökonomische als auch psychosoziale Parameter. Erste Ergebnisse zeigen eine:

- **Zeit- und Kostenersparnis:** Durch die Verlagerung der Versorgungsleistung in die VaO-Räume können durchschnittlich **21 % der patientenfernen Arbeitszeit und 8 % der gefahrenen Kilometer** eingespart werden. Diese Effizienzgewinne sind statistisch signifikant und belegen das Potenzial des Konzepts.
- **Verbesserung der Lebensqualität und Zufriedenheit:** Die Patient:innen zeigen sich äußerst zufrieden mit der Versorgung in den VaO-Räumen, ebenso wie die Versorgungsassistent:innen. Die Lebensqualität der Patient:innen verbessert sich spürbar.

Die bisherigen Zwischenergebnisse liefern damit eine solide Argumentationsgrundlage für die Weiterentwicklung und Verstetigung des Konzepts. Die effizientere Organisation der Leistungserbringung bei VERSORGT am ORT knüpft an bestehende Delegationskonzepte wie VERAH (Versorgungsassistent:in in der Hausarztpraxis) oder NäPA (Nichtärztliche Praxisassistent:in) an und kann mit vergleichsweise niedrigem Aufwand einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der insbesondere ländlichen Versorgung leisten.

Von der Studie in die Regelversorgung

VERSORGT am ORT zeigt, dass durch minimale Anpassungen in der Organisation der Leistungserbringung

erhebliche Verbesserungen erzielt werden können – für Patient:innen, Versorgungsassistent:innen und Hausarzt:innen. Die bisherigen Ergebnisse sprechen für sich: Zeit- und Kostenersparnis, hohe Zufriedenheit und ein spürbarer Anstieg der Lebensqualität.

Trotz der vielversprechenden Ergebnisse ist die langfristige Umsetzung des VaO-Konzepts in der Regelversorgung bislang nicht möglich. Der Grund liegt in den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen: Der Bundesmantelvertrag-Ärzte legt fest, dass delegierte Leistungen nur in der Häuslichkeit der Patient:innen, in Pflegeheimen oder in anderen „beschützenden Einrichtungen“ erbracht werden dürfen. VaO-Räume, die eine wichtige und praktikable Ergänzung darstellen, sind in dieser Definition nicht enthalten.

Eine entsprechende Ergänzung des Bundesmantelvertrages würde es ermöglichen, das VaO-Konzept langfristig in die Regelversorgung zu integrieren und damit die Effizienzgewinne und positiven Effekte auf die Versorgungsqualität flächendeckend zu nutzen.

Damit dieses vielversprechende Konzept nicht nur ein regionaler Erfolg bleibt, sondern bayern- oder bestenfalls bundesweit zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung beitragen kann, ist die Anpassung des Bundesmantelvertrages unerlässlich. Ein wichtiger Schritt, der in der Praxis eine große Wirkung entfalten könnte – für die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen und darüber hinaus.

Bürokratieabbau jetzt: Landräte fordern entschlossenen Abbau von Aufgaben und Standards

Von der Impfbuchkontrolle bis zur Statistikpflicht: Bürokratie nervt die Bürger, lähmt die Wirtschaft und behindert die Verwaltung. Umso dringender ist ein Abbau von Standards und Aufgaben. Der Bayerische Landkreistag hat dafür zahlreiche gute Vorschläge gemacht und nun bei der Bayerischen Staatskanzlei Gehör gefunden. Am 23. Januar 2025 stand Staatsminister Dr. Florian Herrmann, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, dem Bayerischen Landkreistag Rede und Antwort zum dringend notwendigen Abbau von Bürokratie.

„Die Handlungsfähigkeit der Landkreise hängt entscheidend davon ab, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dazu müssen sie von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards befreit werden. Komplexe und kleinteilige Vorschriften, 70-seitige Ausführungshinweise führen zu unnötigem Personal- und Verwaltungsaufwand, verlängern die Bearbeitungszeiten für Bürger und Unternehmen und erschweren praxisnahe Lösungen vor Ort“, verdeutlicht der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries.



V.l.: Ausschussvorsitzender Stefan Rößle, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, Erster Vizepräsident Thomas Habermann, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung Klaus Geiger und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Andrea Degl

„Wir brauchen beim Aufgaben- und Standardabbau deutlich mehr Tempo. Viele Verfahren lassen sich unserer Meinung nach drastisch beschleunigen und vereinfachen. Zum Beispiel im Baubereich oder im Förderwesen. Es braucht vor allem aber einen Mentalitätswandel in den Köpfen in der Verwaltung genauso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wo Entscheidungsspielräume geöffnet, wo Verfahren beschleunigt werden, da muss dann auch das Ergebnis akzeptiert und nicht 1000-fach hinterfragt werden“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck.

Die Landkreise haben bereits konstruktive Entbürokratisierungsideen eingebracht und wollen nun die notwendigen Schritte gemeinsam mit der Staatsregierung angehen. „Wir müssen zeitnah zu spürbaren Entlastungen kommen und begrüßen, dass die Kommission in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt worden ist“, so Karmasin und Rößle abschließend.



V.l.: Landrat Bernd Obst, Fürth, Landrat Raimund Kneidinger, Passau, Landrat Ben Schwarz, Roth, und Landrat Elmar Stegmann, Lindau(Bodensee)



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL



Während der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag

Mehr Recycling muss beim Produkt beginnen – Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags mahnt zur Sorgfalt bei der Alttextilsammlung

Der Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags hat am 16. Januar 2025 über die seit 1. Januar 2025 europaweit bestehende Getrenntsammlungspflicht von Alttextilien beraten und für eine Versachlichung der derzeitigen Diskussion appelliert. Die 71 bayerischen Landkreise sind für die Entsorgung der auf ihrem Gebiet anfallenden Abfälle verantwortlich und über ihre Entsorgungsbetriebe auch für die Sammlung von Alttextilien. „Wir stellen fest, dass sich die Qualität der gesammelten Kleidung immer mehr verschlechtert. Hauptverantwortlich dafür ist „Fast Fashion“, der Trend hin zu Billigkleidung, die unter dubiosen Produktionsbedingungen hergestellt und über Plattformen wie TEMU auf den europäischen Markt gelangt“, so der Vorsitzende des Umweltausschusses, Landrat Jens Marco Scherf. „Fast Fashion“ ist einer wirtschaftlichen Wiederverwertung kaum zugänglich. Der Bayerische Landkreistag wirbt daher für bewusste Kaufentscheidungen der Verbraucher und mehr Herstellerverantwortung beim Produktdesign. Er fordert dazu auf, auch weiterhin nur gut erhaltene Textilien in die Alttextilsammlung zu geben und nicht mehr verwertbare Stücke im Restmüll zu entsorgen. Gerade bezüglich Letzterem herrscht neuerdings eine große Verunsicherung: Darf die kaputte Jeans in die Restmülltonne? Eindeutig ja! „Soweit in den Medien teilweise berichtet

wird, man dürfe keine kaputten oder stark verschmutzten Kleidungsstücke mehr im Restmüll entsorgen, ist das nicht nur rechtlich falsch, es schadet auch der derzeit ohnehin kriselnden Alttextilwirtschaft in hohem Maße“, so der Ausschussvorsitzende Landrat Jens Marco Scherf. Denn die aufgrund von EU-Recht seit Anfang des Jahres europaweit geltende Getrenntsammlungspflicht für Textilien ist in Bayern schon lange umgesetzt. Das bestehende System lebt aber davon, dass nur gut erhaltene Kleidung in den Sammelcontainern landet. „In den meisten bayerischen Landkreisen übernehmen gemeinnützige Organisationen, wie das Bayerische Rote Kreuz, die Caritas oder Kolping, die Textilsammlung. Nach der Sortierung wird ein Teil der Altkleider in Second-Hand-Läden verkauft, der Rest wird an Wiederverwertungsbetriebe abgegeben, um daraus Putzlappen, Malerfließ oder Teppiche zu machen. Die Recyclingquote in Deutschland liegt dabei weit über dem EU-Durchschnitt. Recycling von Alttextilien kann aber nur funktionieren, wenn nicht jedwede Klamotte im Sammelbehälter landet. „Extrem verschmutzte oder teilweise sogar schimmelige Kleidung in den Containern würde das bestehende System zum Scheitern bringen. Daher gilt: Bewusst kaufen, getrennt entsorgen“, so Scherf abschließend.

Transformationsprozess in der Gesundheitsversorgung – Ein innovatives Projekt im Landkreis Wunsiedel i.F.

Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge sieht sich, wie viele ländliche Regionen Bayerns, mit erheblichen Herausforderungen in der medizinischen Versorgung konfrontiert. Bevölkerungsschwund, demografischer Wandel und finanzielle Engpässe setzen die bestehenden Strukturen zunehmend unter Druck. Um die Gesundheitsversorgung nachhaltig zu sichern, wurde im Landkreis ein wegweisender Transformationsprozess angestoßen.



*Alexander Meyer, Vorstand
Kommunalunternehmen
Klinikum Fichtelgebirge*

Innovation für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Die Umstrukturierung des Klinikums Fichtelgebirge mit seinen zwei Standorten verfolgt ein klares Ziel: Ein Krankenhaus mit stationärem Schwerpunkt und ein Medizin-Campus mit ambulantem Charakter sollen zeigen, wie gezielte Maßnahmen ein modernes, nachhaltiges und effizientes Versorgungsmodell im ländlichen Raum ermöglichen.

Die Ausgangslage: Eine Region im Wandel

Der Landkreis Wunsiedel ist geprägt durch seine Grenzlage zu Tschechien und seine kleinstädtische Struktur mit etwa 120 Einwohnern pro Quadratkilometer. Wie viele ländliche Regionen hat auch der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge in den vergangenen Jahrzehnten mit erheblichen strukturellen und demografischen Veränderungen zu kämpfen.

Nach dem Niedergang der Porzellanindustrie in den 1990er-Jahren, der über 15.000 Arbeitsplätze kostete, hat die Region eine beispiellose Schrumpfung erlebt.

Heute ist der Landkreis mit einer Abnahme der Bevölkerung um über 20 % seit 1990 eine der strukturschwächsten Regionen Bayerns. Die Bevölkerung altert, während junge Menschen abwandern.

Klinikum mit zwei Standorten

Das Klinikum Fichtelgebirge stellt als kommunaler Klinikverbund mit den beiden Standorten in Marktredwitz und Selb die medizinischen Versorgungsschwerpunkte für die nordöstlichste Region Bayerns sicher. Der alleinige Gesellschafter des Klinikums ist der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge. Aufgrund seiner Struktur und einer rückläufigen Auslastung war das Klinikum Fichtelgebirge ab 2021 hochdefizitär. Bis zum Jahr 2023 summierten sich die jährlichen Verluste auf rund 15 Millionen Euro.

Mangel an medizinischen Fachkräften

In den vergangenen Jahren hat die Region zahlreiche Haus- und Fachärzte verloren, die ihre Praxen aus Altersgründen aufgegeben oder die Region aus anderen Gründen verlassen haben. Dies führte dazu, dass viele Praxissitze dauerhaft unbesetzt blieben. Diese Entwicklung verschärft die medizinische Versorgungslage erheblich, da Patienten oft weite Wege zurücklegen müssen, um einen Arzttermin zu erhalten.

Auch im Bereich der Pflegeangebote zeigte sich eine deutliche Versorgungslücke. Besonders der Bereich der Kurzzeitpflege konnte die wachsende Nachfrage nicht annähernd decken. Dies brachte vor allem ältere und pflegebedürftige Menschen sowie deren Angehörige in schwierige Situationen, da oft keine geeigneten Betreuungsangebote in der Nähe zur Verfügung standen.



Reformansatz: Konzentration und neue Versorgungsmodelle

Angesichts dieser Ausgangslage entschied sich der Landkreis, die bestehende klinische Gesundheitsversorgung radikal zu reformieren.

Ziel war es, die bestehenden Ressourcen effizienter zu nutzen, Doppelvorhaltung zu vermeiden, die stationäre und ambulante Versorgung stärker zu verknüpfen und langfristig eine moderne Infrastruktur aufzubauen.



Landrat Peter Berek

Die zentralen Ziele der Reform

Die Restrukturierung verfolgte dabei mehrere strategische Ziele.

Sicherung der Grundversorgung:

Durch die Bündelung der stationären Angebote an einem einzigen Standort sowie den gezielten Ausbau der ambulanten Versorgungsstrukturen soll eine langfristige und flächendeckende medizinische Versorgung in der Region sichergestellt werden. Dieser integrative Ansatz gewährleistet, dass sowohl akute als auch regelmäßige Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung zuverlässig abgedeckt werden können.

Defizitreduzierung:

Im Rahmen der Umstrukturierung ist es das Ziel, das jährliche Defizit, das derzeit bei 15 Millionen Euro liegt, signifikant zu senken. Die Maßnahmen sollen kurzfristig dazu beitragen, die finanziellen Verluste auf etwa 5 Millionen Euro pro Jahr zu verringern. Um die wirtschaftliche Stabilität des Klinikums auf lange Sicht zu sichern, ist eine weitere erhebliche Reduzierung notwendig.

Förderung der Facharztversorgung:

Der Aufbau eines modernen Medizin Campus am Standort Selb, der sich auf spezialisierte ambulante

Angebote konzentriert, ist ein entscheidender Schritt zur Sicherstellung einer ausreichenden Facharztversorgung.

Durch die Schaffung attraktiver Arbeits- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten für Fachärzte wird eine bessere medizinische Versorgung in der Region ermöglicht und die Facharztpraxen langfristig gestärkt.

Die Umsetzung: Schritt für Schritt zum Ziel

Neuausrichtung der Standorte:

Am Standort Marktredwitz wurde die stationäre Versorgung in den Mittelpunkt gestellt. Hier sollen weiterhin die Abteilungen für Innere Medizin, Chirurgie und Anästhesie angesiedelt bleiben, um eine umfassende und spezialisierte Behandlung vor Ort zu gewährleisten. Gleichzeitig wurde der Standort Selb zu einem innovativen Medizin Campus umgewandelt, der sich voll auf ambulante Versorgungsangebote konzentriert.

Dieser Campus ist nicht nur eine zentrale Anlaufstelle für spezialisierte ambulante Behandlungen, sondern soll auch als ein Innovationshub im Bereich der Gesundheitsversorgung fungieren.

Diese Umstrukturierungen stellen sicher, dass die Gesundheitsversorgung in der Region nicht nur zukunftsfähig bleibt, sondern auch effizienter und spezialisierter gestaltet wird.

Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) wurde eingerichtet, das derzeit Fachärzte für Innere Medizin und Gynäkologie beschäftigt. Ein weiterer Ausbau der Fachrichtungen wird angestrebt.

Ein ambulantes Operationszentrum wurde bereits im Januar 2024 in Betrieb genommen, und ein Großteil der ambulanten Operationen von Marktredwitz nach Selb verlagert.

Kommunikation als Schlüssel zum Erfolg

Ein zentraler Baustein des Restrukturierungsprozesses ist die interne und externe Kommunikation. Die Mitarbeitenden und die Bevölkerung werden aktiv eingebunden und regelmäßig informiert. Dabei ist es den Verantwortlichen wichtig, neben den positiven Entwicklungen auch die Schwierigkeiten aufzuzeigen, um im Sinne einer maximalen Transparenz ein möglichst komplettes Bild zu transportieren.

Regelmäßige Newsletter und eine offene, frühzeitige und ehrliche Öffentlichkeitsarbeit führten dazu, dass die lokale Presse den Prozess sehr wohlwollend beglei-



tet. Niedergelassene Ärzte werden zusätzlich über einen Newsletter informiert.

Über eine spezielle Unterseite auf der Webseite des Klinikums Fichtelgebirge können sich alle Stakeholder über den Veränderungsprozess zusätzlich informieren. Veranstaltungen wie Thementische und Netzwerktreffen stärken und unterstützen den Austausch innerhalb der „Gesundheitsregion^{plus} Wunsiedel im Fichtelgebirge“.

Innovative Ansätze zur Fachkräftegewinnung

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt der Landkreis auf innovative und kreative Lösungen:

Stipendienprogramme: Durch finanzielle Unterstützung und attraktive Arbeitsbedingungen sollen Medizin- und Pflegefachkräfte für die Region gewonnen und langfristig gehalten werden.

Der „Ärztebus“: Ein mobiles Angebot bringt Fachärzte flexibel in kleinere Gemeinden, um dort die bestehenden Versorgungslücken zu schließen und eine gleichwertige medizinische Betreuung sicherzustellen.

Digitale Pflegestützpunkte: Diese digitalen Anlaufstellen bieten pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen eine zentrale Kontaktmöglichkeit, erleichtern die Organisation der Pflege und verbessern den Zugang zu notwendigen Dienstleistungen.

Erste Ergebnisse und Herausforderungen

Die Umstrukturierung des Klinikums zeigt bereits erste Erfolge. Die medizinische Grundversorgung konnte durch das neu gegründete MVZ in Selb sichergestellt werden. Das finanzielle Defizit wurde bislang noch nicht verringert, jedoch bestehen berechtigte Hoffnungen,

dass sich die finanzielle Belastung des Landkreises in Zukunft deutlich reduzieren wird. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Herausforderung bestehen, dass die langfristige Finanzierung ländlicher Kliniken weiterhin unsicher ist.

Modellcharakter für andere Regionen Bayerns

Der Transformationsprozess im Landkreis Wunsiedel zeigt, wie eine mutige Umstrukturierung nachhaltige Lösungen schaffen kann. Die enge Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung sowie der Fokus auf moderne und effiziente Strukturen sind unverzichtbar.

Unser Projekt ist ein Beispiel dafür, wie auch unter schwierigen Bedingungen innovative und zukunftsfähige Versorgungsmodelle entstehen können.

Fazit: Eine Zukunft mit Perspektive gestalten. Unser Projekt in unserem Landkreis beweist, dass der Wandel in der Gesundheitsversorgung möglich ist – mit klarer Strategie, engagierten Akteuren und neuen Ideen. Die Umgestaltung des Klinikums Fichtelgebirge ist ein Leuchtturmprojekt, das anderen Regionen als Vorbild dienen kann.

Kennzahlen des Projekts

Projektstart: 2021

Budget: Ca. 20 Millionen Euro für Restrukturierung und Infrastrukturmaßnahmen

Defizitreduktion: Von 15 auf 5 Millionen Euro pro Jahr

Neue ambulante Facharztsitze: 5 (Kardiologie, Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie)

Geplanter Abschluss: Ende 2025



(Kommunalunternehmen
Klinikum Fichtelgebirge)

(ehem.) Klinikum in Selb –
jetzt Medizin Campus

Wie aus einer Arztpraxis das „MVZ Rhön-Grabfeld“ wurde

Von Christian Hüther, Medienkommunikation, Landkreis Rhön-Grabfeld /
Gesine Dietze, Geschäftsführerin MVZ Rhön-Grabfeld.

Geschichte, Entwicklung und Nutzen für die Bevölkerung im Landkreis Rhön-Grabfeld als Beispiel für eine adäquate und zukunftsgerichtete Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Es ist nicht erst seit kurzem ein großes Thema: die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen und wie sie adäquat gewährleistet werden kann. Denn: Lange Wartezeiten und damit weite Wege, immer mehr Arztpraxen schließen und Krankenhäuser kommen in finanzielle Schieflage. Hinzu kommt der hinlänglich bekannte demographische Wandel.

Die Folge ist, dass die medizinischen Versorgungslücken in dünn besiedelten Regionen zunehmen. Der Ärztemangel trifft gerade in ländlichen Gebieten besonders viele ältere und hochbetagte Bürgerinnen und Bürger, für die der weite Weg zu den verbleibenden Arztpraxen und Krankenhäusern eine enorme Belastung darstellt.

Passend dazu brachte die CDU/CSU-Fraktion im Juni 2024 einen Antrag im Deutschen Bundestag ein. Der Titel: „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken“.

Landkreis Rhön-Grabfeld hat Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung frühzeitig vorangetrieben

Im Landkreis Rhön-Grabfeld hatte man schon vor etlichen Jahren mit der Schließung der Kreiskrankenhäuser in Mellrichstadt und Bad Königshofen schmerzhaft, aber aus Kostengründen unumgängliche Entscheidungen getroffen, die vielen anderen Regionen im gesamten Land möglicherweise noch bevorstehen. Welches Ziel war bei allen Entscheidungen immer im Kopf? Die notwendige Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung frühzeitig voranzutreiben.

Der Klinikbetrieb der ehemaligen Kreisklinik Bad Neustadt ist im Jahre 2016 vom Rhön-Klinikum Campus der Rhön-Klinikum AG in Bad Neustadt übernommen worden und in die neuen Räumlichkeiten am Rhön-Campus



Dr. Philipp Reiser (2.v.l.) und daneben Sebastian Pietrala verstärken seit 2024 das Ärzteteam am MVZ Rhön-Grabfeld. Darüber freuen sich (v.l.) Thomas Habermann, Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, MVZ-Geschäftsführerin Gesine Dietze sowie Helmer Kraus (Ärztlicher Leiter).



eingezogen. Hintergrund des Campus-Konzeptes: Alle an der medizinischen Behandlung beteiligten Akteure sollen bestmöglich miteinander kooperieren, um der Bevölkerung eine moderne, innovative und zukunftsfähige medizinische Versorgung anbieten zu können.



Sicherlich der schönste Wandschmuck in einer Arztpraxis: die geborenen Babys von Patientinnen der Gynäkologie-Abteilung des MVZ Rhön-Grabfeld in Bad Neustadt.

Die ehemalige Kreisklinik Bad Neustadt ist auch das Stichwort für das MVZ des Landkreises Rhön-Grabfeld. Es handelt sich um die Schaffung einer weiteren, wohnortnahen medizinischen Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis und darüber hinaus. Einzelne Fachärzte arbeiten interdisziplinär eng zusammen.

Wie die Geschichte des heutigen MVZ Rhön-Grabfeld begann

Im Jahr 1982 reiste das Ehepaar Dres. Szabad mit ihren beiden Kindern in Deutschland ein. Sie kamen aus der ehemaligen Tschechoslowakei, wo sich die beiden während des Studiums kennenlernten. Voraus gegangen war ein Aufenthalt in Sousse (Tunisien) von 1977 bis 1982 im Rahmen der Entwicklungshilfe des tschechischen Gesundheitsministeriums.

1984 erhielt MUDr. Dr./Univ. Kaschau Franz Szabad seine deutsche Approbation und begann seine Tätigkeit, zunächst als Assistenzarzt, später als Oberarzt für Allgemeine Chirurgie im ehemaligen Kreiskrankenhaus Bad Neustadt. Von 1986 bis Sommer 1989 war er in Gersfeld als niedergelassener Arzt tätig.

Am 01.10.1989 eröffnete das Arzt-Ehepaar ihre Gemeinschaftspraxis in Bad Neustadt (im Salzburgweg 13). Dr. Franz Szabad war als Facharzt für Orthopädie und Chirurgie aktiv, außerdem hatte er eine Zulassung als Durchgangsarzt. Dr. Jana Szabad arbeitete als Allgemein- und Badeärztin. In der ehemaligen CSSR absolvierte sie zusätzlich eine Ausbildung zur Fachärztin für HNO, Herr Dr. Szabad eine Ausbildung zum Facharzt für Tropenmedizin.

Die Praxis in Bad Neustadt erlangte schnell überregionale Bekanntheit für ihre orthopädische und chirurgische Expertise. Hervorzuheben war die konservative orthopädische Behandlung mit Chirotherapie, physikalische Therapie, Bandagen, Infiltrationen/Infusionen und Akupunktur.

Sprachkenntnisse kam breit gefächertem Patientenspektrum zugute

Außerdem sind kleine operative Eingriffe, Wundversorgungen, aber auch Operationen unter Vollnarkose, wie beispielsweise Leistenhernien-Operationen, durchge-



Rhön-Grabfelds Landrat Thomas Habermann (rechts) gratulierte im Jahr 2018 Dr. Dr. Franz Szabad, der das Ritterkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn bekam. Bei seinem Engagement für Ungarn wurde der Geehrte immer von seiner Frau Dr. Jana Szabad unterstützt. (Foto: Ilona Sauer)

führt worden. Acht Mitarbeiterinnen waren zur damaligen Zeit in der Gemeinschaftspraxis angestellt. Neben seiner Muttersprache und der deutschen Sprache verfügte der slowakische Arzt über tschechische, russische, ungarische, französische und englische Sprachkenntnisse, was wiederum dem breit gefächerten Patientenspektrum im Landkreis Rhön-Grabfeld zugutekam.



Die verschiedenen Leistungen und Standorte des MVZ Rhön-Grabfeld auf einen Blick

Tatkräftig unterstützten die Dres. Szabad die im Landkreis gegründete Tschernobyl-Hilfe mit Sachspenden, Hilfsgütern sowie der unentgeltlichen Behandlung von Kindern aus Shitkowitschi, die bei Gastfamilien untergebracht waren.

Außerdem zeigte sich das soziale Engagement der beiden Ärzte in zahlreichen organisierten Hilfstransporten nach Ungarn mit medizinischen Geräten und Mobiliar. Für sein medizinisches und kulturelles Engagement erhielt Dr. Dr. Szabad das Ritterkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn. Diese Auszeichnung war für Landrat Thomas Habermann Anlass, diese hohe Auszeichnung auch auf regionaler Ebene im Landkreis Rhön-Grabfeld im Januar 2018 zu würdigen.

Die Gemeinschaftspraxis stellte im 1. Quartal 2008 die Tätigkeit ein. Am 1. April 2008 starteten Dres. Szabad mit ihrem Team ihre Tätigkeit in den Räumen der Kreis-

linik Bad Neustadt als Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) der Kreisklinik Bad Neustadt mit dem Fachbereich Orthopädie/Chirurgie.

Im weiteren Verlauf kamen die Fachbereiche Gynäkologie und Geburtshilfe sowie Onkologie/HämATOLOGIE und Innere Medizin dazu. Um den Patienten des MVZ der Kreisklinik eine wohnortnahe Versorgung zu ermöglichen, ist zusätzlich eine Filiale in Bad Königshofen für chirurgische sowie internistische Erkrankungen eröffnet worden. In Mellrichstadt entstand eine Zweigstelle für Gynäkologie.

Mit der Erweiterung um diese Fachbereiche etablierte sich das MVZ als eine zentrale Anlaufstelle für ambulante medizinische Versorgung im Landkreis Rhön-Grabfeld.

Umzug des MVZ im Jahr 2021 nach Bad Königshofen

Nach dem Umzug der Kreisklinik zum Rhön-Klinikum Campus Bad Neustadt verblieb das MVZ bis Januar 2021 in der Kreisklinik und nahm kurz darauf in den neuen Räumen in Bad Königshofen unter der Bezeichnung „MVZ Rhön-Grabfeld“ den Praxisbetrieb wieder auf.

Das medizinische Angebot richtet sich an die Einwohnerinnen und Einwohner aus Rhön-Grabfeld – von Mellrichstadt bis zur oberen Rhön sowie den angrenzenden Landkreisen Bad Kissingen, Haßberge, Hildburghausen sowie Schmalkalden/Meiningen.



In den modernen, hellen und barrierefrei eingerichteten Praxisräumen in Bad Königshofen werden die Patientinnen und Patienten des MVZ Rhön-Grabfeld begrüßt.



Hochwertige medizinische Qualität gebündelt auf mehr als 600 Quadratmetern

Unter einem Dach befinden sich zentral am Kurzentrum von Bad Königshofen gelegen auf mehr als 600 Quadratmetern Nutzfläche die Fachabteilungen Chirurgie, Orthopädie/Unfallchirurgie sowie Innere Medizin/Gastroenterologie. Ebenso gibt es hier einen von der Berufsgenossenschaft zugelassenen Durchgangsarzt für Arbeits- oder Wegeunfälle.

Zum Teil handelt es sich um eine kleine Notaufnahme, stellt der Ärztliche Leiter Helmer Kraus fest. Bei entsprechender Notwendigkeit werden die Patienten an die jeweiligen Fachärzte weiter verwiesen. Vorteilhaft für sie ist zudem die gute Zusammenarbeit mit dem Rhön-Klinikum.



Der Fachbereich Onkologie/Hämatologie des MVZ Rhön-Grabfeld befindet sich am Zentrum für ambulante Medizin in Bad Neustadt.

Im Zuge des Umzugs des MVZ Rhön-Grabfeld nach Bad Königshofen ist in neueste Technik, wie dieses Röntgengerät, investiert worden.



Die Fachbereiche Gynäkologie und Onkologie/Hämatologie verbleiben an Standorten in Bad Neustadt.

Patienten profitieren von einer wohnortnahen ambulanten Versorgung, ergänzt durch moderne diagnostische und therapeutische Verfahren. Neue Röntgen- und Endoskopie-Geräte sind angeschafft worden. Die Praxisräume sind zudem hell, modern und barrierefrei eingerichtet.

Das MVZ Rhön-Grabfeld verfügt über patientenfreundliche Öffnungszeiten von montags bis freitags und ist für Patienten aller Kassen geöffnet. Es ist zu einem zentralen Bestandteil der regionalen Gesundheitsversorgung geworden. Heute sind dort 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Im MVZ wird großer Wert auf patientenorientierte Behandlungen, zeitnahe Terminvergabe, interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche sowie gute Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten gelegt. Der Patient steht an erster Stelle.

Lob aus der Politik für die Entscheidung des Landkreises zum MVZ-Umzug

Die aktuelle parlamentarische Staatssekretärin für Gesundheit und Mitglied des Deutschen Bundestags, Sabine Dittmar, lobte im Jahr 2022 in einem Artikel in der regionalen Presse¹ den Kreistag und damit den Landkreis Rhön-Grabfeld für die mutige Entscheidung, das MVZ nach Bad Königshofen zu verlagern. Ein MVZ sieht sie als Teil im Team der Allgemein- und Fachärzte.

Dittmar sprach in dem Artikel eine weitere vernetzte und kooperative Zusammenarbeit zwischen ambulantem und stationärem Bereich, aber auch zwischen den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung und der Maximalversorgung an. Ihr ist dabei das Einbeziehen der weiteren Gesundheitsfachdienste wichtig. Diese sind hochqualifiziert und zwar von der Pflege bis zum Medizintechniker. Das MVZ Bad Königshofen ist hier laut Dittmar bereits gut aufgestellt.

Landrat Thomas Habermann bezeichnet das MVZ Rhön-Grabfeld als Gesundheitscluster. Dieses sieht er keinesfalls als Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten. Vielmehr versteht sich das MVZ als Ergänzung im Bereich der medizinischen Versorgung – immer zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

(Fotos: © Christian Hüther / Landkreis Rhön-Grabfeld)

¹ <https://www.mainpost.de/regional/rhoengrabfeld/staatssekretaerin-sabine-dittmar-lobt-die-mvz-initiative-des-landkreises-art-10918577>

Medizinische Versorgung gemeinsam gedacht in Weißenburg-Gunzenhausen

Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit – nicht nur in Bayern, sondern deutschlandweit. Dabei geht es längst nicht nur um die schnelle Erreichbarkeit von Krankenhäusern, sondern ebenso um eine wohnortnahe, qualifizierte haus- und fachärztliche Versorgung.

In Altmühlfranken hat man erkannt, wie wichtig es ist, frühzeitig aktiv zu werden, um einem drohenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten entgegenzuwirken. Dank des engagierten Einsatzes lokaler Medizinerinnen und Mediziner und gemeinsamer Initiativen setzt der Landkreis ein kraftvolles Zeichen für die Zukunft der medizinischen Versorgung in der Region.

Weiterbildungsverbund und Akademische Lehrpraxen – gemeinsam lernen, gemeinsam wachsen

Bereits vor einem Jahrzehnt wurden im Landkreis die Weichen gestellt, um die Weiterbildung von Medizinstudierenden optimal zu fördern. Der Weiterbildungsverbund Altmühlfranken ermöglicht es angehenden Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern, ihre Weiterbildung nahtlos und umfassend in der Region zu absolvieren.

Durch die enge Zusammenarbeit des Klinikums Altmühlfranken mit akademischen Lehrpraxen sowie zur Weiterbildung befugten Fachärzten profitieren die Studierenden von einer fundierten Ausbildung und vielseitigen Einblicken. Gleichzeitig erleben sie, wie erfüllend die Arbeit in einer ländlichen Region sein kann – mit all ihren fachlichen Herausforderungen und persönlichen Begegnungen.

„Ärzte schnuppern Landluft“ – ein Herz für die Region

Unter dem charmanten Motto „Ärzte schnuppern Landluft“ hat sich eine Initiative entwickelt, die weit über die Region hinaus bekannt ist. Seit 2016 bringt ein engagierter Verein Studierende, Klinikverbände und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zusammen, um die Vorzüge des ländlichen Lebens und Arbeitens zu vermitteln.

Hier wird nicht nur die Ausbildung unterstützt, sondern auch der Blick für die Schönheit und Lebensqualität Altmühlfrankens geschärft. Studierende erhalten Gelegenheit, die Region aus beruflicher und privater Perspektive zu erleben – ein unschätzbare Vorteil für die Nachwuchsgewinnung.

BeLA – Die „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“

Das Programm BeLA (Beste Landpartie Allgemeinmedizin) setzt neue Maßstäbe, um die Attraktivität der Allgemeinmedizin im ländlichen Raum zu stärken. Als eines der BeLA-Lehrkrankenhäuser fördert das Klinikum Altmühlfranken mit finanzieller Unterstützung und intensiver Betreuung Medizinstudierende und begleitet sie über das Studium hinaus.

Ob bei Summer- oder Winter-Schools, die in Kooperation mit der Universität Erlangen organisiert werden, oder durch Praxisnähe und individuelle Förderung: BeLA zeigt, dass die Allgemeinmedizin auf dem Land nicht nur notwendig, sondern auch faszinierend und abwechslungsreich ist.

Klinikstudentenprogramm – lernen, wachsen, ankommen

Das Klinikstudentenprogramm am Klinikum Altmühlfranken sorgt dafür, dass Medizinstudierende die Theorie des Studiums in die Praxis umsetzen können. Mit erfahrener Unterstützung durch Chef- und Oberärztinnen und -ärzte sammeln sie wertvolle Erfahrungen im Klinikalltag. Ein besonderer Bonus: Die Teilnehmenden erhalten neben einer finanziellen Förderung einen Weiterbildungsvertrag – ein idealer Einstieg in eine vielversprechende Karriere.

Medizinische Ferienakademie Altmühlfranken – Wissen trifft Erlebnis

Mit der Medizinischen Ferienakademie – welche die Gesundheitsregion^{plus} in Zusammenarbeit mit der Zukunftsinitiative altmühlfranken und lokalen Medizinern federführend organisiert – wird Altmühlfranken jedes Jahr zu einem Ort des Lernens, Erlebens und Vernetzens. In Workshops, die von über 20 engagierten Ärztinnen und Ärzten angeboten werden, vertiefen Studierende ihr medizinisches Wissen und erleben gleichzeitig, was das Leben in Weißenburg-Gunzenhausen so besonders macht. Das attraktive Freizeitprogramm und der persönliche Austausch schaffen eine einzigartige Atmosphäre, in der nicht nur Wissen, sondern auch die Bindung zur Region wächst.

Wohnraum und Mobilität – praktische Hilfe, die ankommt

Praktisch und überzeugend: Der Landkreis stellt in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsregion^{plus} kostenfreien Wohnraum für Medizinstudierende und falls erforderlich auch ein Fahrzeug bereit, die ihr Praktisches Jahr, Famulatur oder Blockpraktika im Landkreis absolvieren. Dieses Angebot geht über reine Bequem-

lichkeit hinaus: Es erleichtert den Einstieg ins Berufsleben, motiviert für eine Tätigkeit „auf dem Land“ und schafft die Möglichkeit, frühzeitig Kontakte zu knüpfen – beruflich wie privat.

Altmühlfranken – eine Region mit Herz und Perspektive

Ob Weiterbildungsverband, Klinikstudentenprogramm oder Ferienakademie: In Altmühlfranken zeigt sich, wie kreativ und leidenschaftlich eine Region an ihrer Zukunft arbeiten kann. Und es gibt auch schon erste Erfolge: So sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer der verschiedenen Programme wirklich zum Teil in die Region zurückgekehrt und haben sich zum Beispiel als Allgemeinarzt oder -ärztin einer Praxis angeschlossen. „Bei uns wird medizinischer Nachwuchs nicht nur gefördert, sondern willkommen geheißen – mit offenen Armen, einer herzlichen Gemeinschaft und einem klaren Versprechen: In Altmühlfranken sind Sie nicht nur Ärztin oder Arzt – Sie sind ein geschätzter Teil der Region“, verdeutlicht Landrat Manuel Westphal.

(Gesundheitsregion^{plus} – LRA Weißenburg-Gunzenhausen)



Übergabe der Teilnehmerzertifikate der Medizinischen Ferienakademie Altmühlfranken am Abschlussabend in Muhr am See im Jahr 2024
(Foto: LRA Weißenburg-Gunzenhausen / Claudia Wagner)

Der lange Weg zum Hospiz in den Landkreisen Roth und Weißenburg-Gunzenhausen

Die leistungsstarke Planungsregion 7 und die Nähe der nördlichen Gemeinden zu Nürnberg stand den Bestrebungen nach einem Hospiz im Landkreis Roth über Jahre und immer wieder im Weg. Nun gibt es eine Lösung: Die seit vielen Jahren bestehende Kooperation mit dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen und eine bayernweit einmalige Solidaritätsbekundung machen es möglich. 2025 wird am Ufer des Brombachsees mit dem Bau einer dieser segenreichen Einrichtungen begonnen.

Hohe Hürden für ein eigenes Hospiz

Der Landkreis Roth hatte sich schon lange für ein Hospiz eingesetzt. Allerdings sprachen sämtliche Vorgaben gegen ihn. Denn: Die Bedarfszahlen – Grundlage für einen vorgeschriebenen Versorgungsvertrag mit den Krankenkassen – sehen ein Bett für 50 000 bis 60 000 Einwohner vor. In die Analyse fließen zudem alle Hospize ein, die binnen einer Stunde erreichbar sind – weiterer Nachteil in Kombination mit der Tatsache, dass der ländliche Raum ja dünner besiedelt ist. Das wenig überraschende Ergebnis: Über die Hälfte aller bayerischen Hospizbetten befinden sich in den Ballungszentren.

Hospiz- und Palliativversorgungsnetzwerke (HPVN) – allgemein und konkret

Ein Hospiz- und Palliativversorgungsnetzwerk (HPVN) ist ein Instrument partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller an der Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen beteiligten Einrichtungen und Organisationen. In ihm arbeiten ehrenamtliche Engagierte und Angehörige verschiedener Berufsgruppen integrativ zusammen, um der Bevölkerung die bestmögliche Hilfe zukommen zu lassen. Das beide Landkreise umfassende HPVN Südfranken wurde auf Initiative der Gesundheitsregion^{plus} des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen mit Unterstützung des Bayerischen Hospiz- und Palliativverbandes 2015 gegründet. Seit März 2022 erleichtert eine entsprechende Förderrichtlinie (nach §39d Absatz 3 SGB V) die Gründung von Hospiz- und Palliativnetzwerken.

Es gibt noch eine weitere Krux: Oft bleiben Bedarfe von schwerstkranken und sterbenden Menschen „unter dem Radar“ und werden mangels offizieller Anfragen

statistisch nicht erfasst. Für sie oder ihre Angehörigen, die auf dem Land leben, kommt ein Hospiz in einer Metropole schlicht nicht in Frage. „Wir hören oft, dass die Menschen das Hospiz in Anspruch nehmen würden, noch lieber aber möchten sie in ihrer Heimat sterben.“ Hinzu kommt, dass es meist die Patienten selbst sind, die ihren Liebsten das Pendeln ersparen möchten.

Zusammen zum Ziel

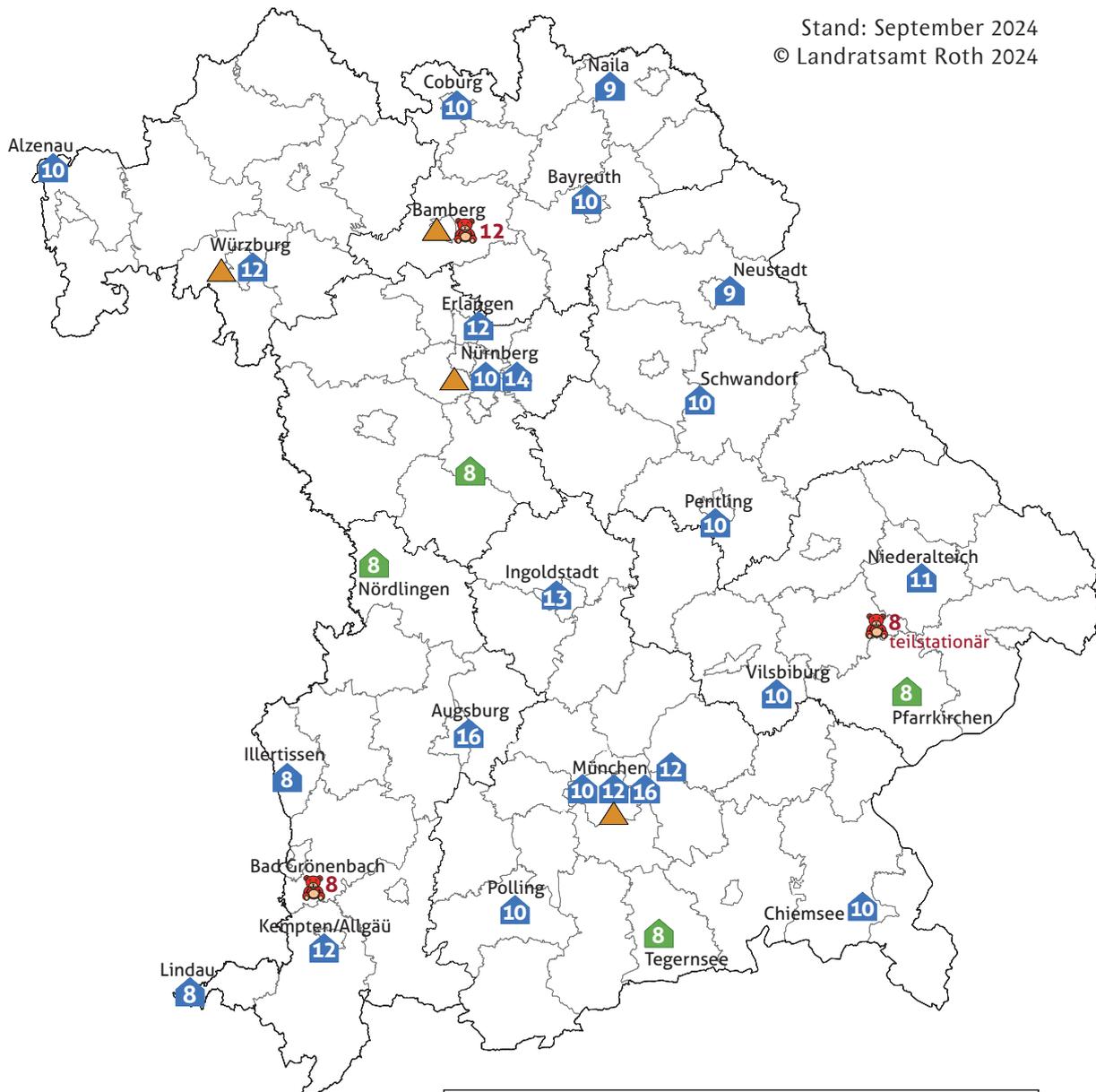
Nachdem sich abzeichnete, dass im Landkreis Roth und der Planungsregion 7, dem „Ballungsraum Nürnberg“, der Bedarf für ein Hospiz „rechnerisch“ nicht vorhanden ist, besann man sich auf das 2015 vom Landkreis WUG angeregte „Hospiz- und Palliativversorgungsnetzwerk Südfranken“. Im Nachbarkreis rannten die Rother offene Türen ein, hatte der doch das gleiche Problem. Nach den bestehenden besten Erfahrungen in der Zusammenarbeit – miteinander wurde ein gemeinsames Spezialisiertes Ambulantes Palliativversorgungsteam (SAPV) aufgebaut, welches schwerstkranke und sterbende Menschen in beiden Landkreisen zu Hause betreut – lag ein Schulterchluss nahe. Zumal ein weiterer glücklicher Umstand in „Person“ des BRK-Kreisverbandes Südfranken bereits bereitstand. Schließlich braucht es jemanden, der eine derartige Einrichtung baut und betreibt.

Das stellt durchaus eine Herausforderung dar. Schließlich decken die Förderungen nur einen Teil der Baukosten. Damit nicht genug: Der Betreiber muss sich verpflichten, ein jährlich auftretendes, strukturelles Defizit im Betrieb auszugleichen. Das ist vom Gesetzgeber gewollt, schließlich soll Sterbebegleitung nicht kommerziellen Interessen unterliegen. Die Folge: Die Krankenkassen tragen (nur) 95 Prozent des tagesbezogenen Bedarfssatzes der Versicherten.



Stationäre Hospizversorgung

Stand: September 2024
© Landratsamt Roth 2024



LEGENDE

- Stationäre Hospize
- Stationäres Hospiz an Standort im Bau
- Stationäres Kinderhospiz an 2 Standorten
- Alademien für Palliativmedizin, Palliativpflege und Hospizarbeit



An diesem Punkt kommt der Förderverein ins Spiel. Der soll primär die rechnerisch verbleibenden fünf Prozent Kosten auffangen und zudem dann einspringen, wenn dem Todkranken noch ein Wunsch erfüllt oder eine besondere Behandlung zugutekommen soll, die weder von den Kranken- und Pflegekassen oder anderen Stellen kostendeckend finanziert werden kann.

Sowohl zum Förderverein als auch zu dem Schulterschluss haben die beiden Landräte Ben Schwarz (Roth) und Manuel Westphal (Weißenburg-Gunzenhausen) eine klare Position: Die Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Verwirklichung. „Gerade wir im ländlichen Raum müssen kreativ denken und manchmal andere Wege gehen.“ Noch immer lägen vielen Regelungen die Bedürfnisse oder Gegebenheiten der Großstädte zugrunde, sagen beide. Die Voraussetzungen für ein Hospiz sei so ein Beispiel. „Ärgerlich, weil derartiges Denken oft zu Lasten unserer Bürger geht.“

Umso erfreulicher, dass dieser „Eckpfeiler der palliativen Versorgung“ (Westphal) nun in greifbare Nähe rückt. Über Sinn und Bedeutung sind sich die beiden Landräte gleichermaßen einig: „Es ist uns Anliegen und Aufgabe, schwerstkranken und sterbenden Menschen bis zuletzt die bestmögliche Pflege und Betreuung sowie ein würdevolles Ende zu gewähren. In Hospizen erhalten Betroffene und Angehörige dafür viel geschützten Raum.“

Ben Schwarz ergänzt mit Blick auf den Standort in Nähe des früheren Segelhafens Pleinfeld: „Sterben ist Teil unserer Gesellschaft. Es wird Zeit, den Tod auch wieder in seine Mitte zurückzuholen.“ Die Gründung des Fördervereins mit 46 Gebietskörperschaften über kommunale Grenzen sehen Westphal und Schwarz als richtungsweisend an. „Hier zeigt sich Solidarität.“

Solidarität, die noch dazu bayernweit einmalig ist. Zwei Landkreise, alle ihnen angehörigen Kommunen und eine kreisfreie Stadt, die den Verein als Gründungsmitglieder ins Leben schubsten. Nicht zu vergessen: Dahinter stehen 46 Beschlüsse der Entscheidungsgremien von Gemeinderat bis Kreistag mitsamt dem Willen, Geld in die Hand zu nehmen. 50 Cent pro Einwohner, einmal von der jeweiligen Kommune, einmal von den zwei Landkreisen und der kreisfreien Stadt Schwabach. Für die betont Oberbürgermeister Peter Reiß: „Auch wir stehen voll und ganz hinter der Idee des Fördervereins und dem Hospiz am Brombachsee. Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, diese wichtige Einrichtung in die Region zu holen.“

Als weiterer positiver Baustein erwies sich die Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus} des Landkreises Roth. Diese stand und steht allen Beteiligten als Ansprechpartner zur Verfügung und übernahm die Koordination der Tätigkeiten des Hospiz- und Palliativnetzwerks Südfranken. Denn klar ist auch: Ohne die sehr leistungsstarken Hospizvereine der beiden Landkreise ist eine qualitativ hochwertigste Versorgung – und nicht weniger ist der Anspruch – in der neuen Einrichtung nicht leistbar.

Gesundheitsregion^{plus}

Mit den „Gesundheitsregionen^{plus}“ unterstützt die Bayerische Staatsregierung die regionale Netzwerkbildung in den Bereichen medizinische Versorgung, Prävention und pflegerischer Versorgung im Freistaat. Gefördert wird die Einrichtung und der Betrieb einer Geschäftsstelle (eine Vollzeitstelle).



HOSPIZ AM BROMBACHSEE



Folglich gilt gerade ihnen der aufrichtigste Dank der Politik. „Ohne deren 24/7 umfassendes, großartiges Engagement wären wir nicht da, wo wir sind. Und wir hätten die Perspektive Hospiz am Brombachsee nicht“, ordnen die beiden Landräte, aber auch Günther Wittmann von der Gesundheitsregion^{plus} Roth ein.

Rahmenbedingungen des Hospizes

Bauen wird das Hospiz der Kreisverband Südfranken des Bayerischen Roten Kreuzes, der es dann an eine gemeinnützige GmbH – bestehend aus dem BRK selbst mit einem Anteil von 80 Prozent sowie den Hospizvereinen (je zehn) – vermietet wird. Für den Anfang stehen acht Betten (mehr wurden nicht bewilligt) bereit, das BRK plant allerdings vorausschauend so, dass bei Bedarf vier weitere folgen können. Die Kosten sind aktuell mit gut acht Millionen Euro für 1500 Quadratmeter umbauten Raum veranschlagt.

Allen finanziellen Herausforderungen zum Trotz hat sich das BRK für diesen Weg entschieden – aus der Überzeugung heraus, dass es wichtig ist, einen besonderen Platz zu schaffen für Schwerstkranke und Sterbende. Ein Ort, an dem die medizinische und pflegerische Betreuung gewährleistet ist, aber auch die immense emotionale Belastung der Betroffenen und ihnen Nahestehenden wahrgenommen wird. Um dem Rechnung zu tragen und Nähe zuzulassen, sind die Bewohnerzimmer bewusst groß(zügig) gehalten, um beispielsweise Angehörigen ein Übernachten zu ermöglichen. Richtung See sind Balkone geplant, auf die Patientenbetten geschoben werden können. Der Blick auf Wasser und Wald, Natur, Licht und schöne Momente, all das könnten weitere gute Bausteine für ein gutes Abschiednehmen sein.

Bayerischer Hospiz- und Palliativverband (BHPV)

Unterstützt beim Aufbau und Betrieb von Netzwerken, der Erarbeitung von Schulungs- und Beratungskonzepten und der Organisation von Veranstaltungen für Fachkreise und regionale Vernetzungen.

Zum Gesamt-(Erfolgs)Modell Hospiz am Brombachsee gehört auch der Markt Pleinfeld, der das 5000 Quadratmeter große Grundstück am See zur Verfügung stellt. Dessen Bürgermeister Stefan Frühwald freut sich über die Standortwahl, schließlich habe man mit dem SAPV-Team bereits einen Teil der palliativen Versorgung am Ort stationiert und „sehr gute Erfahrungen gemacht“.

Fazit eins: Der ländliche Raum ist aufgrund der Vorgaben zu diesem Thema benachteiligt. Fazit zwei: Wenn so an einem Strang gezogen wird wie hier, dann wird aus einem Nachteil ein Vorteil. Mitsamt der Aussicht auf ein großartiges Projekt. Das ist Fazit drei.

Info: Weitere Informationen zum Förderverein „Hospiz am Brombachsee“ gibt es unter www.fv-hospizam-brombachsee.de. Informationen zum Hospiz selbst stellt der Träger das Bayerische Rote Kreuz Kreisverband Südfranken unter www.kvsuedfranken.brk.de zur Verfügung.

KUNO-Land und neue Gemeindeschwester – innovative Projekte im Landkreis Cham

Ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität und damit auch für die Gleichstellung von Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land ist die Frage nach der Gesundheitsversorgung. Im Landkreis Cham sind u.a. KUNO-Land und die Gemeindeschwester starke Antworten auf Versorgungsengpässe.

Landrat Franz Löffler: „Die Sicherung einer soliden Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ist kein Selbstläufer. Hier ist Engagement und Zusammenwirken von allen Beteiligten gefragt. Manchmal gehört dazu auch noch eine ordentliche Portion Mut, um ungewöhnliche Wege zu beschreiten.“

„KUNO-Land“ – ein Projekt zur Unterstützung der pädiatrischen Versorgung im ländlichen Raum

Wenn es um eine gute Gesundheitsversorgung geht, ist das Thema der pädiatrischen Versorgung besonders emotional. Der von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns im Jahr 2021 angegebene Versorgungsquotient belief sich für den Landkreis Cham auf 89 % und wurde als „regelversorgt“ deklariert. Die Realität, gerade bei neu in den Landkreis gezogenen Familien und damit auch Fachkräften, war eine andere. Sie berichteten von fehlenden Kapazitäten für U-Untersuchungen oder auch im Akutfall. Gerade der nordöstliche Teil des fünftgrößten Flächenlandkreises in Bayern war hiervon besonders betroffen, obwohl die vorhandenen Pädiater am Rande der Belastungsgrenze arbeiten.

Gemeinsam mit dem führenden Zentrum für Pädiatrie in der Region, der Hedwigsklinik der Barmherzigen Brüder in Regensburg, wurde unter der Federführung von Prof. Michael Melter ein Konzept entwickelt, wie man diesem Versorgungsengpass entgegenwirken kann. Grundlage dazu bildete die Weiterbildungsordnung für Ärzte in Bayern. Hier ist geregelt,

welche Stationen und Inhalte angehende Fachärzte, wie zum Beispiel Pädiater, absolvieren müssen. Angehende Pädiater können in ihrer Weiterbildung 12 Monate in ein anderes Fachgebiet rotieren, um zusätzliche Kompetenzen zu erwerben. Auf Basis dieser Regelung wurde vereinbart, dass fortgeschrittene pädiatrische Assistenten zu weiterbildungsbefugten Praxen für Allgemeinmedizin in den besonders unterversorgten nordöstlichen Teil des Landkreises, nach Waldmünchen und Furth im Wald, entsendet werden. Zwei Hausarztpraxen bieten den Assistenten seitdem den notwendigen Rahmen.

Während ihrer Weiterbildung zu Fachärzten für Pädiatrie können diese Assistenten nun unter Einhaltung der Gebietsgrenzen der Allgemeinmedizin unter Anleitung ebenfalls Kinder und Jugendliche behandeln. Durch ihre bisherige Berufserfahrung aus der Hedwigsklinik können die Assistenten Expertise und Kompetenzen einbringen, die es im normalen hausärztlichen Praxisbetrieb zuvor nicht gab. Auch U-Untersuchungen können dadurch angeboten werden.



Dr. Otto-Jonas Bayrhof, Assistenzarzt am KUNO-Land Standort Further Hausärzte bei der Untersuchung eines jungen Patienten. (Foto: QXXQ)

Eva Liedtke, Geschäftsstellenleiterin Gesundheitsregion^{plus}: „Als Ergänzungsangebot trägt KUNO-Land dazu bei, dass die niedergelassenen Pädiater eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung für junge Familien im Landkreis Cham bieten können.“

Clou: Digitale Anbindung

Fachlich unterstützt und abgesichert wird das Projekt über eine telemedizinische Anbindung der beiden Praxen an die Hedwigsklinik. Die sogenannte „Medic Moby App“ ist eine Entwicklung der KUNO-Stiftung. Sie



Für Fragen steht den jungen Kinderärzten digital ein erfahrener Oberarzt der Hedwigs Kinderklinik zur Verfügung.

ermöglicht eine serverlose, datensichere Eins-zu-eins-Verbindung über ein mobiles Endgerät in Echtzeit. Die beteiligten Parteien können telefonieren, Videos und Bilder austauschen oder schreiben. Die Dateien werden nicht gespeichert. Der jeweilige diensthabende Oberarzt der Klinik ist damit für die Assistenten in der Praxis zu gängigen Sprechstundenzeiten erreichbar und kann konsultiert werden.

Erfolg wissenschaftlich belegt

Gefördert wurde das Projekt zu Beginn für 12 Monate im Rahmen einer

Einzelprojektförderung durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Die Universität Regensburg begleitete das Projekt wissenschaftlich und konnte innerhalb des Förderzeitraumes den Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Assistenzärzte, Praxen und die Klinik belegen. Die Eltern nahmen die neuen Kapazitäten rege in Anspruch, die qualitativ erhobenen Rückmeldungen waren sehr positiv. Die Assistenzärzte meldeten zurück, dass sie durch das Projekt die für den Facharzt dringend benötigten Kompetenzen der ambulanten U-Untersuchungen absolvieren konnten, was im reinen stationären Klinikalltag nicht möglich ist. Weiterhin betonten sie den Mehrwert des Projektes im Hinblick auf den Wissensgewinn rund um die Funktionsweise der ambulanten Medizin, besonders was die spätere Niederlassung betrifft.

Die Praxen gaben den fachlichen Zugewinn an pädiatrischen Kompetenzen an sowie auch den Mehrwert für die longitudinale Begleitung und Behandlung der Patienten. Daten zu Hospitalisierung und Nutzung der Notaufnahme der Hedwigsklinik zeigten ebenfalls einen Rückgang an jungen Patienten aus dem Einzugsgebiet aufgrund einer Erhebung der Postleitzahlen. Hintergründig ist mit dem Projekt auch die Hoffnung auf einen „Klebeffekt“ verbunden, indem ein Assistent bzw. eine Assistentin für eine Niederlassung oder eine Anstellung im Landkreis Cham gewonnen werden könnte.

Aufgrund des erwiesenen wissenschaftlichen Nutzens wurde das Projekt mit einer Anpassung der Förder Voraussetzungen für Assistenzärzte in nicht fachgleichen Weiterbildungskombinationen im ambulanten Sektor seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns verstetigt.



Die Gesellschaft unterstützt die jungen angehenden Pädiater. Landrat Franz Löffler (4.v.r.) begrüßt zusammen mit den Akteuren und Vertretern der Gesellschaft angehende Fachärzte im Landkreis.

Landrat Franz Löffler: „Modellprojekte sind wichtig, um neue Wege zu gehen. KUNO-Land ist ein Musterbeispiel. Eine innovative Idee führt nun dank vieler Anstrengungen unterschiedlichster Akteure seit 3 Jahren dazu, dass pädiatrische Assistenten zwischen der Hedwigsklinik in Regensburg und den Hausarztpraxen in Waldmünchen und Furth im Wald rotieren und dadurch das medizinische Angebot zielgerichtet gestärkt wurde.“

Gemeindeschwester im Landkreis Cham – ein Projekt zur gesundheitsbezogenen Daseinsvorsorge

Mit den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft mit Multimorbidität bei gleichzeitig ansteigenden Renteneintritten und fehlendem Fachkräftenachwuchs im Gesundheitswesen sehen sich viele Landkreise konfrontiert.

Landrat Franz Löffler: „Die bisherige Anspruchshaltung auf ein Vollversorgungsangebot in einem stationären Pflegeheim wird unsere Gesellschaft zukünftig nicht mehr tragen können. Wir müssen den Menschen ein möglichst langes und erfülltes Leben im eigenen Zuhause ermöglichen.“



Begeisterung ist ansteckend, schließlich geht es um die Gesundheit unserer Kinder.

Information KUNO-Land:

- Seit 2021
- 2 fortgeschrittene pädiatrische Assistenten in Allgemeinpraxen im unterversorgten Gebiet
- Digitale Anbindung an die Hedwigsklinik
- Wissenschaftlich belegter Nutzen für Eltern, Ärzte und Klinik

Schon jetzt werden knapp 80 % der fast fünf Millionen Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Davon wiederum werden 2,55 Millionen durch Angehörige gepflegt. Veränderte Familienstrukturen, gestiegene Lebenshaltungskosten, aber auch medizinisch komplexe Sachverhalte verkomplizieren die Pflege zu Hause.

Eva Liedtke, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion^{plus}: „Die Frage, wie man pflegebedürftigen oder auch von Pflegebedürftigkeit bedrohten Menschen länger ein erfülltes Leben im eigenen Zuhause ermöglichen kann, beschäftigt uns im Landkreis Cham schon lang.“

Unter Einbezug verschiedener Sachgebiete des Landratsamtes Cham, professionellen Gesundheitsversorgern, Beratungsstellen, Ehrenamtsstrukturen, Kommunen, offiziellen Zahlen, Daten und Fakten sowie fundierten Konzepten wurde deshalb das Modellprojekt „Gemeindeschwester“ erarbeitet und passgenau an die Strukturen und Bedarfe im Landkreis Cham angepasst.



Unterstützung und Hilfe

Diese „Gemeindegeschwester“ soll für pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen ein Kümmerer vor Ort sein, zudem auch für Personen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen. Sie wird Hausbesuche machen, unter Einbezug der Wohnraumberatung eine Wohnraumanalyse durchführen, Schritte zur Verhinderung einer rechtlichen Betreuung unternehmen, beim Ausfüllen von Anträgen, z.B. für Leistungen, helfen, aufgrund ihres vorhandenen Fachverständnisses medizinische Bedarfe erkennen und eine Versorgung bei einem professionellen Gesundheitsversorger, wie z.B. einem Hausarzt, einleiten und diese begleiten. Weiterhin wird die Gemeindegeschwester bei Bedarf Versorgungsnetze aufbauen, wie z.B. Essen auf Rädern bestellen, Unterstützung für haushaltsnahe Dienstleistungen suchen (z.B. Einkaufen gehen), Nachbarschaftshilfen einbeziehen oder auch kommunale Veranstaltungen organisieren.

Zum 01.05.2024 erhielt der Landkreis Cham die Förderzusage im Rahmen der „Gute Pflege“-Richtlinie für die Einführung einer Gemeindegeschwester in einem Modellkommunenverbund von ca. 10.000 Einwohnern im nordöstlichen Teil des Landkreises. Die Förderung wird vorerst bis zum 31.12.2026 erfolgen. Zum 01.11.2024 konnte die Personalstelle der Gemeindegeschwester mit einer Pflegefachkraft (ehemals Altenpflege) besetzt werden, die zusätzliche Weiterbildungen für z.B. psychische Notfälle besitzt und umfangreiche Erfahrungen im ambulanten Pflegesektor.

Anja Fischer, Sachgebietsleiterin Betreuung, Heimaufsicht und Senioren: „Der Titel ‚Gemeindegeschwester‘ wurde bewusst gewählt. Einfach und nahbar, abgestimmt auf die Nutzer: Personen im hohen Alter.“

Am 1. Tag drei Fälle

Schon die bisherigen, zeitlich begrenzten Erfahrungen sprechen für sich. Bereits am ersten Tag ihrer Tätigkeit hatte die Gemeindegeschwester drei Fälle. Zukünftig erwarten wir, dass die Kontaktaufnahme über die Betreuungsstelle, Angehörige und Bekannte, professionelle Gesundheitsversorger, Entlass- und Sozialdienste der Krankenhäuser, aber auch Kommunen funktionieren wird. Eine wissenschaftliche Begleitung wird fundierte Daten zum Projekt liefern.



Für das Projekt Gemeindegeschwester überreichte Gesundheitsministerin Judith Gerlach eine Förderung an Landrat Franz Löffler und Anja Fischer, Sachgebietsleiterin Betreuung, Heimaufsicht und Senioren (links) sowie Eva Liedtke, Geschäftsstellenleiterin Gesundheitsregion^{plus} (rechts).

Landrat Franz Löffler: „Oberstes Ziel des Projektes ist es, vulnerablen Zielgruppen länger ein lebenswerteres Leben im eigenen Zuhause zu ermöglichen und eine individuelle, ganzheitliche und solide Versorgung aufzubauen.“

- Gemeindegeschwester:**
- Neues Projekt
 - Start: November 2024
 - Ziel: Selbst im hohen Alter Leben im eigenen Zuhause ermöglichen
 - Unterstützungsangebot

(LRA Cham)

Altomünster feierte die Eröffnung des Interkulturellen Lernpfads

Am 19. November 2024 wurde in der Aula der Grund- und Mittelschule Altomünster der Interkulturelle Lernpfad feierlich eröffnet. Das Projekt, organisiert von der Initiative Integration mit Augenmaß (IMA), lädt ein, eine kleine Weltreise vor Ort zu machen. Auf 50 Informationstafeln werden Länder mit spannenden Fakten und kulturellen Besonderheiten vorgestellt. So können Besucher des Lernpfades zum Beispiel erfahren, dass in Burkina Faso 68 Sprachen und Dialekte gesprochen werden oder dass in Mosambik die Amtssprache Portugiesisch ist oder dass in Italien Deutsch regionale Amtssprache ist?

Die Gemeinde Altomünster ist der sechste Standort, der ein solches Projekt der IMA beheimatet.

Landrat Stefan Löwl betonte: „Mit jedem dieser Projekte hinterlassen wir etwas Dauerhaftes in unseren Gemeinden – ein sichtbares Zeichen für gelebte Integration.“

Vorbildliche Integration

Zur Eröffnung kamen zahlreiche Gäste aus der Politik zusammen. Karl Straub, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, kam gerne auch dieses Jahr zur Eröffnung eines IMA-Jahresprojekts: „Die IMA ist ein Beispiel dafür, warum die Integration im Landkreis Dachau so hervorragend funktioniert. Auch die Schulen tragen viel dazu bei. Vor allem die Grund- und Mittelschulen haben darum viele Herausforderungen zu bewältigen. Dafür danke ich heute ganz herzlich.“ Über diese Anerkennung freute sich Schulleiter Thomas Hendler sehr. Der Altomünster Bürgermeister Michael Reiter hebt die gute Wahl des Standorts hervor: „Integration muss bei jungen Menschen anfangen.“ Den interkulturellen Lernpfad werden auch die vielen abendlichen Besucher der Sportangebote in der Turnhalle erkunden können, denn er ist an den Scheiben der Aula angebracht und somit auch von außen sichtbar.

Menschen zusammenbringen

Insgesamt beteiligten sich Menschen aus 32 Nationen am Interkulturellen Lernpfad, darunter Ehrenamtliche, Migranten, Senioren und Vereine. Michaela

Wintermayr-Greck, Projektleiterin von IMA erklärt: „Das Schöne an solchen Projekten ist für mich, dass sie nicht nur sichtbar machen, was Integration bedeutet, sondern auch Brücken zwischen Menschen bauen, die sich zuvor nicht kannten. Die Gespräche, die dabei entstehen und die Geschichten, die erzählt werden, sind für die Integration genauso wichtig wie das Ergebnis des Projekts.“ Genau das ist es, was Landrat Stefan Löwl so an den IMA-Projekten schätzt: „Sie nehmen die Gesellschaft mit, das ist das Besondere.“

Seit sieben Jahren arbeitet die IMA als ehrenamtliches Projekt im Landkreis Dachau und hat in dieser Zeit in unzähligen Aktionen Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammengebracht. Mit Leidenschaft, Engagement sowie Geduld und immer mit viel Humor und Freude an der Sache wurden viele Projekte realisiert.

(LRA Dachau)



*Die Gäste bei der Eröffnung des IMA Lernpfads
(Foto: © LRA Dachau, Melitta Fischer)*

Netzwerk für Familienleistungen im Landkreis München –Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Ein „Netzwerk für Familienleistungen im Landkreis München“ soll künftig die Transparenz für 57 nebeneinanderstehende familienpolitische Einzelleistungen im Landkreis München erhöhen und dadurch den Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Hilfestellung geben. Dazu haben Landrat Christoph Göbel und Thomas Braun, Regionaler Leiter Familienkasse Bayern Süd, eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Familien zu unterstützen ist eine wichtige Aufgabe, der sich der Landkreis München seit jeher annimmt. Die derzeit in Deutschland bestehenden Leistungen und Angebote für Familien bilden ein komplexes Geflecht. Es gibt viele unterschiedliche staatliche Leistungen, die nicht überschneidungsfrei oder logisch aufeinander abgestimmt sind. Oftmals sind die Leistungen auch bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend bekannt.

„Mit dem „Netzwerk für Familienleistungen“ schaffen wir einen klaren Wegweiser im oft undurchsichtigen Dschungel der familienpolitischen Angebote. Unser Ziel ist es, dass Familien im Landkreis München die Unterstützung, die ihnen zusteht, ohne Umwege erhalten können. Es ist unser gemeinsamer Auftrag, bürokratische Hürden abzubauen und Leistungen dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden: in die Mitte der Familien“, betonte Landrat Christoph Göbel.

Nicht immer werden Leistungen, auf die ein Anspruch besteht, beantragt. Es mangelt also nicht am Angebot selbst. Viele Organisationen und Behörden informieren allerdings oft nur isoliert über das eigene Leistungsspektrum.

Aus diesem Grund haben das Landratsamt München, die Familienkasse Bayern Süd, das Zentrum Bayern Familie und Soziales und die ARGE Wohlfahrtspflege Landkreis München vereinbart, ein Netzwerk für Familienleistungen im Landkreis München aufzubauen. „Das neue Netzwerk kann ein echtes ‚Netzwerk‘ werden“, so Thomas Braun, Regionaler Leiter der Familienkasse Bayern Süd und Netzwerk-Initiator.

Die Netzwerkpartner verfolgen das gemeinsame Ziel, die Transparenz für nebeneinanderstehende familienpolitische Einzelleistungen im Landkreis München zu erhöhen und dadurch den Wirkungsgrad für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.



Unterzeichneten die Kooperationsvereinbarung: Landrat Christoph Göbel und Thomas Braun (Regionaler Leiter Familienkasse Bayern Süd); Projektbeteiligte v.l.n.r. Bernhard Sexl (Leiter Referat Jobcenter), Uwe Hacker (Leiter Referat Kinder, Jugend und Familie), Jasmin Mach (Leiterin Referat Soziales), Hendrik Maler (Regionalstellenleiter München des Zentrum Bayern Familie und Soziales), Jürgen Gritschmeier (Bereichsleiter, Familienkasse Bayern Süd), Harald Peter Bachmeier (Geschäftsführer der Caritas-Dienste in München/Landkreis München), Harald Neubauer (Leiter Geschäftsbereich Arbeit, Jugend und Soziales).

Von den Alpen bis zum Bodensee: Der MOBIL PASS ALLGÄU – neuer Meilenstein in der Gästemobilität

Seit dem 12. November 2024 können Übernachtungsgäste im Oberallgäu den MOBIL PASS ALLGÄU nutzen – ein innovatives, digitales ÖPNV-Ticket, das während des Aufenthalts kostenfreien Zugang zu Bus und Bahn ermöglicht. Mit diesem Schritt setzt die Region einen neuen Standard in der Digitalisierung von Tourismus und Mobilität.

Das Projekt verfolgt das Ziel, die Mobilität der Gäste sowohl komfortabler als auch nachhaltiger zu gestalten. Etwa 1,5 Millionen Übernachtungsgäste aus 17 Gemeinden profitieren jährlich von diesem Angebot, das über den Kurbeitrag finanziert wird. Der MOBIL PASS ALLGÄU ersetzt veraltete Lösungen und bietet erstmals eine einheitliche, übergreifende Möglichkeit zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Entwicklung erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gemeinden, Verkehrsunternehmen und Partnern unter der Leitung des Landkreises Oberallgäu. Dabei stand die einfache Zugänglichkeit des ÖPNV im Fokus, ebenso wie ein nachhaltiger Beitrag zur Verkehrswende. Zudem stärkt das Projekt die Wettbewerbsfähigkeit der Region, da integrierte Mobilitätslösungen von Gästen zunehmend als selbstverständlich erwartet werden.

Parallel dazu wurde der Allgäu-Walser-Pass eingeführt, der als technische Grundlage für die digitalen Gästekarten dient und die langjährige Allgäu-Walser-Card ersetzt. Beide Systeme wurden gemeinsam entwickelt und ermöglichen Gästen ein unkompliziertes digitales

Erlebnis, das den Zugang zu Mobilitätsangeboten und touristischen Zielen erleichtert.

Der MOBIL PASS ALLGÄU ist über die Allgäu-Walser-App oder als Webversion verfügbar und kann bereits vor der Anreise genutzt werden. Er berechtigt zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn in der gesamten Region, inklusive Ausflügen in die Allgäuer Alpen, das Tannheimer Tal und an den Bodensee – alles innerhalb eines einzigen, benutzerfreundlichen Systems und inklusive eigener, grenzübergreifender Fahrplanauskunft.

Mit dem Start des MOBIL PASS ALLGÄU beginnt eine zweijährige Pilotphase bis Ende 2026, in der Erfahrungen gesammelt und das System weiter optimiert werden. Während dieser Phase werden auch Nutzungsdaten ausgewertet und mögliche Zusatzangebote geprüft, um den Pass langfristig zu einer zukunftsfähigen Lösung für die Mobilität der Region weiterzuentwickeln.

Weitere Informationen zum MOBIL PASS ALLGÄU unter www.mobilpass-allgaeu.de (LRA Oberallgäu)





Wo man die Heimat im Unterallgäu schmecken kann Digitale Karte mit Betrieben/Lebensmitteln aus der Region

Mehr Produkte aus der Region auf die Teller bringen: Das ist das Ziel der Regionalentwicklung am Unterallgäuer Landratsamt. Zu diesem Zweck sollen Landwirte, Lebensmittelverarbeiter und Gastronomen digital vernetzt werden. Geplant ist eine Online-Karte, auf der der Verbraucher sieht, wo welche Lebensmittel aus der Heimat angeboten werden. Langfristig soll diese zu einer Plattform weiterentwickelt werden, über die die Betriebe Bestellungen von lokalen Erzeugnissen abwickeln können. Ziel ist es, die Nahversorgung zu stärken und regionale Wirtschaftskreisläufe zu verbessern.

Vernetzung durch Allgäuer Genusstage

Um Erzeuger und Gastronomen zusammenzubringen und das Bewusstsein für heimische Lebensmittel zu schärfen, veranstalten die Landkreise Unterallgäu und Ostallgäu bereits die Allgäuer Genusstage. 36 Gastronomiebetriebe und 54 Landwirte und Verarbeiter haben sich laut Waldmann an der zweiten Auflage der Veranstaltung im Herbst 2024 beteiligt und regionale Lebensmittel auf die Speisekarten gebracht. Zudem fand im diesem Jahr eine gemeinsame Netzwerkveranstaltung „Land.Gast.Wirt – kooperieren und gemeinsam profitieren“ mit Regionalmarkt statt. Rund 70 Teilnehmer folgten der Einladung in die Rapunzel-Welt in Legau.

„Mahlzeit Allgäu“

Zusätzlich war geplant, mit dem Projekt „Mahlzeit Allgäu“ nicht nur die Gasthäuser, sondern auch die Küchen in Schulen, Kindertagesstätten, Betrieben oder Seniorenheimen ins Boot zu holen. Für dieses Projekt, das gemeinsam mit dem Ostallgäu und der Allgäu GmbH auf eine Dauer von drei Jahren angelegt war und zahlreiche Maßnahmen im Umfang von 1,3 Millionen umfasste, gab es vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aber keine Förderung. „Deshalb sind wir auf die Suche nach alternativen Fördermöglichkeiten gegangen“, sagte die Regionalmanagerin. So soll nun über das Förderprogramm des Freistaats Bayern „Aus dem Landkreis – für den Landkreis“ zumindest ein Teilmodul des ursprünglichen Vorhabens realisiert werden.

Digitale Karte

Geplant ist der Aufbau einer digitalen Karte für Landwirte, Verarbeiter, Gastronomen, Dorf- und Hofläden und andere Anbieter von Außerhausverpflegung wie Schulmensen oder Betriebskantinen, die die Liefer- und Handelsbeziehungen zeigt. Außerdem soll ein Konzept erstellt werden, wie das Angebot zu einem digitalen Marktplatz weiterentwickelt werden kann und es sind verschiedene Workshops mit den Anbietern geplant. Für diese Maßnahmen sind Kosten in Höhe von insgesamt rund 25.000 Euro veranschlagt. 20.000 Euro sollen über die Förderung gedeckt werden, für die sich die Landkreise im September beworben haben. Jeweils 2.500 Euro wollen diese selbst beisteuern.

„Ich halte das Vorhaben für eine sinnvolle Sache“, sagte Landrat Alex Eder. „Obwohl der Schmerz schon groß war, dass wir mit dem ursprünglichen Projekt aus der Förderung gefallen sind.“

(LRA Unterallgäu)

Ausgezeichnet für wegweisendes Engagement: Landkreis Regen belegt zweiten Platz im Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“

Der Landkreis Regen hat Grund zur Freude: Im bundesweiten Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ wurde er für sein strategisch durchdachtes sowie praxisorientiertes Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik prämiert und kann sich über 20.000 Euro Preisgeld für den zweiten Platz auf dem Siegertreppchen in der Kategorie mittlere Kommunen freuen.

„Der Landkreis Regen setzt sich schon seit vielen Jahren auf vielfältige Weise im Bereich kommunale Entwicklungspolitik ein. Es ist sehr erfreulich, dass dieses Engagement durch die Auszeichnung bei Kommune bewegt Welt gewürdigt wird“, sagt Landrat Dr. Ronny Raith bei einem Termin im Landratsamt, bei dem die Mitarbeitenden des Fachbereichs Nachhaltigkeit und Klimaschutz ihm die Auszeichnung präsentierten. Der Landrat lobt: „Der Fachbereich und die entwicklungspolitischen Akteure vor Ort haben viel geleistet und ich bin mir sicher, dass der Preis als Ansporn für das weitere Engagement gesehen wird.“

Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik

Der Wettbewerb Kommune bewegt Welt feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Jubiläum und zeichnet das innovative und ganzheitliche entwicklungspolitische Engagement von Städten, Gemeinden und Landkreisen aus. Durchgeführt wird er von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) des öffentlichen Unternehmens Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Schirmherrin des Wettbewerbs ist Bundesministerin Svenja Schulze, die die Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik betont: „Jede Kommune, die sich für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft, für Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit einsetzt, verdient den Respekt der Gesamtgesellschaft und setzt ein Zeichen gegen verengte nationale Sichtweisen. Städte, Gemeinden und Kreise gestalten nicht nur die Zukunft vor Ort, sondern auch das globale Miteinander.“

Landkreis überzeugt durch Projekte wie Nachhaltigkeitsstrategie

Der Landkreis Regen überzeugte die Jury vor allem durch seine kontinuierliche Steigerung und schrittweise Verankerung seines entwicklungspolitischen Engagements über die letzten Jahrzehnte. Besonders hervorzuheben ist etwa die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Bereiche der Verwaltung mitdenkt und Themen wie soziale Gerechtigkeit, globale Verantwortung oder Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung umfasst. Über die Verwaltung hinaus beeindruckte der Landkreis mit einem Netzwerk und mehreren Arbeitskreisen, die unter Einbeziehung von Politik, Einwohnern und Wirtschaft Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben, sowie mit der intensiven Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen in der Region – so beispielsweise auch mit der sogenannten „Eltviller Erklärung“, in der sich mittlerweile über 300 Kommunen für die Förderung nachhaltiger Entwicklung aussprechen. Inhaltliche Schwerpunkte des Engagements liegen dabei besonders in der fairen öffentlichen Beschaffung.

Internationales Engagement

Darüber hinaus arbeitet der Kreis auch international umfassend an Nachhaltigkeitsthemen: Etwa im Städtenetzwerk Südkaukasus, in dem sich deutsche Kommunen mit Städten und Regionen in Aserbaidschan, Armenien und Georgien austauschen, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern oder die Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse zu stärken. In der noch jungen Partnerschaft des Landkreises Regen mit mehreren brasilianischen Kommunen stehen derweil die Themen Ressourcenschutz, nachhaltiger Tourismus und Umweltbildung im Fokus



– und Regen profitiert von den Erfahrungen der Partner. So werden gemeinsames Lernen und gleichberechtigte globale Zusammenarbeit vorbildhaft gelebt.

Preisverleihung in Ingelheim am Rhein

Die Preisverleihung fand auf der 16. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik vor über 300 Teilnehmenden in Ingelheim am Rhein statt. Ausgezeichnet wurden dabei jeweils drei Kommunen (Platz eins bis drei) in den Größenkategorien „Kleine Kommunen“, „Mittlere Kommunen“ und „Große Kommunen“ sowie zwei Kommunen für die Sonderpreise „Newcomer“ und „Partnerschaftlich engagiert“. Zusätzlich konnte die Öffentlichkeit vorab über die Vergabe eines Publikumspreises abstimmen. Insgesamt hatten sich 51 Kommunen aus ganz Deutschland mit ihren entwicklungspolitischen Profilen beworben. Die ersten Plätze in den jeweiligen Größenkategorien belegten die Stadt Bad Köstritz, die Stadt Greifswald und die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins Kiel.

Auf der Website der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) finden sich weitere Informationen

zum Wettbewerb Kommune bewegt Welt sowie zur Preisverleihung, einschließlich des kompletten Statements der Schirmherrin, Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze.

Neben dem Bundespreis hat der Fachbereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit in diesem Jahr darüber hinaus den renommierten Bayerwald Award in der Kategorie „Umwelt und Nachhaltigkeit“ erhalten. Ausgezeichnet wurde das Team für die erfolgreiche Kampagne „Arberland nachhaltig“, die über die Webseite www.arberland-nachhaltig.de sowie in den sozialen Medien Bewusstsein für Themen wie Nachhaltigkeit, bewussten Konsum und Klimaschutz im Alltag schafft. Die feierliche Preisverleihung fand im Rahmen eines Galaabends in Röhrnbach statt. Insgesamt wurden Preise in zehn Kategorien vergeben. „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung, die unsere Arbeit und unser Engagement für eine nachhaltige Zukunft würdigt“, sagte Tobias Wittenzellner, Leiter der Kreisentwicklung, stellvertretend für das Team, dem Gudrun Unrecht, Teresa Raith und Alexander Achatz angehören. (LRA Regen)



Auszeichnung für den Landkreis: Sie freuen sich über die verliehenen Preise: Landrat Dr. Ronny Raith und die Steuerungsgruppe Fairtrade-Landkreis Regen. Im Bild, v.l.: Susanne Wagner, Teresa Raith, Brigitta Schlüter, Ursula Wilke, Erika Vogel, Silvia Adam, Carolin Doriat, Christine Knoblich, Landrat Dr. Ronny Raith, Alexander Achatz, Kristina Fischer-Tschöpp und Andreas Koneberg. Erste Reihe vorne, v.l.: Rosi Pfeffer, Gudrun Unrecht, Tobias Wittenzellner. (Foto: Jessica Döhler / LRA Regen)

Erfolgreicher Klimaschutz vor Ort: Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge mit dem European Energy Award ausgezeichnet

Mit dem European Energy Award werden Kommunen ausgezeichnet, die sich für den stärkeren Einsatz regenerativer Energien stark machen, Energie sparen oder besonders effizient nutzen. Zu diesen Kommunen gehört auch der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge. Das haben die Verantwortlichen nun schwarz auf weiß. Landrat Peter Berek hat für das Engagement der Region im Bereich Klimaschutz die europaweite Auszeichnung „European Energy Award“ entgegennehmen dürfen. Insgesamt neun Kommunen und Landkreise in Bayern haben den Award im Jahr 2024 erhalten.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Verleihung des „European Energy Award“ (eea) in Scheidegg: „Klimaschutz findet nicht an den Schreibtischen in Berlin oder Bonn statt, sondern konkret vor Ort in den Kommunen. Bayern unterstützt die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe. Wir wollen die Menschen vor Ort beim Klimaschutz mitnehmen. Die ausgezeichneten Kommunen zeigen, wie es geht. Unser gemeinsames Ziel ist ein klimasicheres Bayern.“

Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge mit seinen Städten und Gemeinden zeigt dabei viele richtungsweisende Initiativen. Neben dem viel zitierten „Wunsiedler Weg“, der als Blaupause aufzeigt, wie regionale Energiewende funktioniert, gibt es weitere hervorragende Beispiele, wie Klimaschutz ganz praktisch gelingen kann. So ist das gemeinsame Ökoflächenmanagement des Landkreises mit allen Städten und Gemeinden in dem dafür gegründeten Zweckverband interkommunales Flächenmanagement hervorzuheben. Damit kümmert sich die kommunale Familie gemeinsam und vor allem selbst um die kluge Nutzung ihrer Flächen.

„Diese Auszeichnung habe ich gerne stellvertretend für alle Beteiligten im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge entgegengenommen. Dabei verstehe ich diesen Award als Wertschätzung unserer Arbeit, aber vor allem als Ansporn für die Zukunft“, so Landrat Peter Berek.

(LRA Wunsiedel i. Fichtelgebirge)



Der Bayerische Minister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, übergibt die Auszeichnung an Landrat Peter Berek. Der Landkreis ist eine von neun Kommunen in Bayern, dessen Klimaschutzaktivitäten mit dem European Energy Award gewürdigt wurden.



Amtfluencer für Rhön-Grabfeld – Gewinnung junger Talente sowie Stärkung der Landkreis-Identität nach innen und außen

Von Melanie Hofmann, Sachgebietsleiterin Medienkommunikation, Landkreis Rhön-Grabfeld

In Rhön-Grabfeld hat die Landkreisverwaltung einen kreativen, zielgruppengerechten und modernen Ansatz gewählt, um die vermeintliche Black Box Behörde bürgerfreundlich und informativ darzustellen: Statt Influencer gibt es hier seit letztem Jahr Amtfluencer. Ziel ist es, Nähe und Authentizität zu schaffen, Informationen plattformgerecht zu übermitteln und parallel nicht nur potenzielle Azubis, sondern auch dringend benötigte Fachkräfte zu erreichen. Es gilt die Devise, die Bürgerinnen und Bürger dort zu informieren, wo sie sich aufhalten – und das ist seit einigen Jahren immer mehr online.

In Zeiten sinkender Bewerberzahlen und einer sich wandelnden Art, sich zu informieren, stehen auch Kommunen vor neuen Herausforderungen. Besonders die Generation Z (geboren zwischen 1995 und 2010) ist über herkömmliche Kommunikationswege oft schwer in der breiten Masse zu erreichen. Die klassische Zeitungsanzeige oder der informative Presseartikel bringt hier nicht mehr allein die nötige Aufmerksamkeit. Auch ist es für Außenstehende schwer nachzuvollziehen, wie sich die Arbeit in einer Behörde tatsächlich darstellt oder was genau hinter den verschiedenen Ausbildungsberufen und Quereinsteigerchancen in der Praxis steckt. Es gilt also einerseits notwendige Informationen zu vermitteln und andererseits den attraktiven Arbeitgeber „Amt“ zu vermarkten.

Klassische Influencer generieren durch ihre ansprechende Art, ihre Themen und ihren Alltag zu vermitteln, eine große Reichweite in den sozialen Medien. Kein Wunder also, dass Firmen Influencer-Marketing als eine überaus erfolgreiche Werbemöglichkeit sehen und nutzen. Und was für Unternehmen gilt, kann auch der Verwaltung dienen. Hier gibt es in der Regel zwar keine klassischen Produkte zu vermarkten, allerdings krisensichere Jobs und attraktive Serviceangebote. Amtfluencer sind folglich eine innovative Social-Media-Strategie, bei der Auszubildende sowie Mitarbeitende Einblicke in die Arbeit der Verwaltung geben und dadurch Interesse bei den Medienkonsumenten wecken.

Die Idee hinter den Amtfluencern

Mit dem Start der Amtfluencer-Initiative betrat das Landratsamt Rhön-Grabfeld für sich selbst experimentelles Neuland. Wie weit darf eine Behörde gehen, um die eigenen Themen zu veröffentlichen? Darf ein bisschen Spaß sein? Vorreiter für Rhön-Grabfeld waren einigen Kommunen in Deutschland, die sich auf ihren Social Media-Auftritten bereits personalisiert zeigen und unterhaltsam ihre Inhalte vermitteln. Durch kreative Videos und persönliche Ansprache schaffen die Mitarbeitenden Aufmerksamkeit für ihre Themen. Die Amtfluencer stellen vornehmlich auf den Instagram- und TikTok-Kanälen Inhalte bereit, die das Arbeitsleben im Landratsamt greifbar und interessant machen. Infotainment lautet das Stichwort, dem sich folglich auch das Rhön-Grabfelder Amtfluencer-Team verschrieben hat.

Landrat Thomas Habermann ist einer der größten Unterstützer der Amtfluencer-Idee: „Die Mitarbeitenden sind die besten Botschafter ihrer eigenen Arbeitswelt. Wer könnte authentischer und näher berichten als die eigenen Kolleginnen und Kollegen? Deshalb bin ich sehr dankbar, dass unsere Auszubildenden und jungen Mitarbeitenden sich hier engagieren. Sie verstehen nicht nur die Social-Media-Plattformen der jüngeren Generationen, sondern haben auch selbst noch einen Bezug zu den Herausforderungen der Berufsorientierung.“



Verwaltungsfachangestellte Theresa Hellmich (jeweils l.) und Anwärtlerin Eileen (r. im linken Bild) sind die Amtfluencerinnen des Landkreises Rhön-Grabfeld. Auch Landrat Thomas Habermann (r.) nimmt sich immer gerne Zeit für einen Amtfluencer-Dreh. (Fotos: Instagram/Landkreis Rhön-Grabfeld)

Was bisher geschah

Die konkrete Idee, Amtfluencer als Gesichter der Landkreisverwaltung in Rhön-Grabfeld einzusetzen, entstand Ende 2023. Die Herausforderung der Personalverwaltung war es, die Bewerberzahlen in Zeiten des Fachkräftemangels und des Wettbewerbs um Auszubildende zu steigern. Die Medienkommunikation arbeitete parallel an einer Strategie, ihre bestehenden Informationskanäle online weiter auszubauen, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger direkt mit Informationen zu versorgen. Um diese beiden Anliegen zu vereinen, war die Idee der Amtfluencer geboren.

Im Dezember 2023 startete das Projekt mit einem Aufruf an alle Azubis: Wer hat Lust, das Social-Media-Team des Landkreises zu unterstützen? Sieben Nachwuchskräfte meldeten sich zunächst und gaben den Startschuss für die Erfolgsgeschichte. Kreative Ideengeber, Organisationstalente, Videografen und Moderatorinnen arbeiten, je nach Können, Zeit und Interesse, zusammen. Jede und jeder hat seine Präferenz und nicht

alle von ihnen sind tatsächlich die „Gesichter“ der Rhön-Grabfelder Landkreisverwaltung geworden. Die Devise lautet: Niemand muss vor die Kamera. Alles Engagement beruht auf Freiwilligkeit und der Prämisse, dass Ausbildung und Arbeit im Amt nicht darunter leiden. Einmal im Monat trifft sich das Team, um zu brainstormen und planen. Im Anschluss werden in kleinen Teams – je nach Bedarf – Dreharbeiten vorbereitet, durchgeführt und zur Veröffentlichung vorbereitet. Die verschiedenen Sachgebiete und Fachbereiche im Haus sind angehalten, bei der Themenfindung und Planung zu unterstützen. Vor der Kamera zeigen sich als Sprecherinnen und „Gesichter“ Theresa Hellmich, eine ausgelernte Verwaltungs-

fachangestellte und Eileen Schmidt, die gerade das duale Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin absolviert. Die Organisationsleitung obliegt dem Sachgebiet Medienkommunikation, welches die Inhalte in Abstimmung mit den Akteuren und Fachbereichen final freigibt und postet.

Im Februar 2024 begannen die ersten Veröffentlichungen. Immer freitags gibt es ein neues Reel, was ein kurzes Video ist. Diese werden vorwiegend auf Instagram ausgespielt. Bei Bedarf und je nach Thema bietet sich eine zusätzliche Veröffentlichung auf Facebook oder LinkedIn an. Die Bandbreite reicht von Teasern, die Themen oder Veranstaltungen ankündigen, über Interviews bis hin zu Reels, die das Leben, die Ausbildung, Bewerbungsprozesse und die Arbeit im Landratsamt mit einem humorvollen, aber informativen Ansatz darstellen.

Erfolge und Herausforderungen

Der Erfolg war bereits nach wenigen Wochen erkennbar: Bewerber melden zurück, erst durch die Social-Media-Aktivitäten des Landkreises auf Stellenaus-



schreibungen aufmerksam geworden zu sein; die Reichweite der Amtfluencer-Reels unterschied sich deutlich von den vorherigen Beiträgen; außerdem trugen die Aktivitäten der Amtfluencer dazu bei, dass das Image der Landkreisverwaltung von außen wie innen positiv beeinflusst wurde. Die Reels des jungen Teams werden bis zu knapp 70.000 Mal angesehen – weit mehr als das 10-fache im Vergleich zu vorher.

Das Team ist inzwischen auf etwa 20 Personen angewachsen, die ihre Expertise in unterschiedlichen Bereichen einbringen. Teamwork ist gefragt, denn der Alltag im Landratsamt bringt auch Herausforderungen mit sich: Zeitmangel, Berufsschule oder Studium sorgen dafür, dass eine intensive Kommunikation und Abstimmung nötig sind. Trotzdem bleibt das Team am Ball und begeistert die Community mit abwechslungsreichen und plattformgerechten Inhalten.

Dass der Social-Media-Auftritt des Landkreises Rhön-Grabfeld auf einem guten Weg ist, zeigen nicht nur die wachsenden Followerzahlen – mit über 9.100 Followern auf Facebook und über 5.250 auf Instagram führt Rhön-Grabfeld die Rangliste der unterfränkischen Landkreise seit einiger Zeit an. Auch der kürzlich gestartete TikTok-Kanal eröffnet neue Wege, insbesondere jüngere Zielgruppen zu erreichen.

Über Social Media konnte der Landkreis nachweislich mehrere Fachkräfte und Auszubildende gewinnen. „Solche Erfolge zeigen, wie wichtig es ist, als öffentlicher Arbeitgeber innovativ zu denken und neue Wege der Kommunikation zu gehen“, stellt Landrat Thomas Habermann fest.

Ein Blick in die Zukunft

Die Amtfluencer sind gekommen, um zu bleiben. Der kreative Ansatz, den Landkreis in der digitalen Welt zu präsentieren, soll kontinuierlich weiterentwickelt werden. So sind weitere Videoprojekte bereits geplant, die neben den fachlichen Informationen auch die menschliche Seite der Verwaltung zeigen. Fortbildungen, Recherche, Netzwerkarbeit und auch Experimente ergänzen das Erfolgsrezept. Ziel ist es, das Landratsamt als attraktiven und modernen Arbeitgeber zu positionieren, der auf die Bedürfnisse der jungen Generation eingeht.

Der Erfolg gibt dem Team Recht: Mit einer Mischung aus Infotainment, Authentizität und nahbarer Kommunikation schaffen es die Amtfluencer, die Bevölkerung und potenzielle Bewerber auf Augenhöhe anzusprechen. Rhön-Grabfeld zeigt, wie digitale Öffentlichkeitsarbeit in der Verwaltung heute funktionieren.

Fazit

Der Landkreis Rhön-Grabfeld beweist mit den Amtfluencern, dass eine moderne und zielgruppengerechte Kommunikation nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich ist. Durch Social Media werden nicht nur Stellen ausgeschrieben, sondern auch Einblicke in die Arbeit und das Arbeitsumfeld gegeben – eine Strategie, die junge Menschen überzeugt und ihnen zeigt: „Hier könnte ich arbeiten!“



Und Action! Die Dreharbeiten des Amtfluencer-Teams machen Spaß und bringen Aufmerksamkeit, was bei der Fachkräftesuche und der Öffentlichkeitsarbeit der Landkreisverwaltung hilft. (Fotos: Sven Ritter (l.) & Melanie Hofmann (r.)/Landkreis Rhön-Grabfeld)

Der Landkreis Fürth revolutioniert die Berufsorientierung mit der digitalen Plattform „talent2maker“

Nach eineinhalb Jahren intensiver Entwicklung durch die Regional- und Wirtschaftsförderung war es vergangenen Herbst so weit: Während der Ausbildungsmesse in Langenzenn wurde die neue digitale Plattform „talent2maker“ für den Landkreis Fürth erfolgreich vorgestellt.

Die Präsentation der Plattform stieß auf großes Interesse bei den Besuchern der Ausbildungsmesse. Besonders die interaktiven Funktionen, wie der Ausbildungsmarktplatz, das Berufsorientierungsspiel sowie die 360°-Rundgänge zu verschiedenen Ausbildungsberufen, wurden von den Jugendlichen intensiv genutzt.

Landrat Bernd Obst betonte die Bedeutung der neuen Plattform: „Mit 'talent2maker' bieten wir jungen Menschen im Landkreis Fürth eine moderne und praxisnahe Möglichkeit, ihre berufliche Zukunft aktiv zu gestalten. Es ist ein wichtiger Schritt, um den Fachkräftenachwuchs in der Region langfristig zu sichern.“

Interaktive Berufsorientierung

Das Projekt wird im Rahmen der Förderrichtlinie Heimat-Digital-Regional durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat gefördert. Die innovative Webseite bietet Jugendlichen und jungen Er-

wachsenen eine einzigartige Möglichkeit, sich interaktiv und spielerisch mit der Berufsorientierung auseinanderzusetzen und dabei ihre Stärken und Talente zu entdecken. „talent2maker“ revolutioniert die Art und Weise, wie Jugendliche Berufe erkunden und Ausbildungsbetriebe im Landkreis kennenlernen.

Das sind die zentralen Features von „talent2maker“:

- **Ausbildungsmarktplatz:** Nutzer können Ausbildungsberufe nach individuellen Talenten filtern und so direkt die passenden Ausbildungsbetriebe im Landkreis Fürth finden. Neben weiterführenden Informationen zu den Berufen bietet der Marktplatz ausführliche Unternehmensprofile. Über die Plattform können Interessierte direkt mit den Betrieben in Kontakt treten.
- **Berufsorientierungsspiel:** Jugendliche und junge Erwachsene setzen sich spielerisch mit den Anforderungen verschiedener Berufe auseinander.

Mithilfe von Stärkekarten wählen sie Berufe für fiktive Personen aus und reflektieren dabei ihre eigenen Talente. Der „Jobkonfigurator“-Modus liefert auf Basis der eigenen Stärken Vorschläge für passende Berufe.

- **360°-Rundgänge:** Virtuelle Rundgänge geben authentische Einblicke in verschiedene Berufe.

Auszubildende aus der Region zeigen ihren Arbeitsalltag und



Im Rahmen der Azubimesse in Langenzenn wurde die innovative Plattform zur Berufsorientierung durch Landrat Bernd Obst vorgestellt.



Mit einer VR-Brille kann man einen 360Grad-Einblick in die Ausbildungsbetriebe bekommen.

erklären die Besonderheiten ihres Berufes. Diese Rundgänge, die in lokalen Betrieben wie in einer Schuhorthopädie oder einem Bauernhof produziert wurden, bieten den Nutzern ein immersives Erlebnis.

- **Umfassende Informationen:** Neben den interaktiven Elementen bietet die Plattform zahlreiche Informationen zu den Themen Ausbildung, Bewerbung und Berufsorientierung. Tipps für Bewerbungsgespräche und weiterführende Unterstützungsangebote runden das Angebot ab.

Vorteile für Unternehmen

Auch die Unternehmen im Landkreis profitieren von der Plattform. Sie können sich kostenfrei registrieren und ihre Ausbildungsstellen sowie Praktikumsangebote vorstellen. „talent2maker“ bietet den Betrieben eine einfache Möglichkeit, ihre Nachwuchskräfte von morgen zu erreichen und ihnen einen direkten Zugang zu interessierten Jugendlichen zu bieten.

Landrat Bernd Obst hob in Langenzenn die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den lokalen Betrieben hervor: „Durch die Einbindung regionaler Unternehmen schaffen wir eine wertvolle Verbindung zwischen jungen Talenten und den Betrieben vor Ort. Das stärkt nicht nur die Berufschancen der Jugendlichen, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft unserer Region.“

Mit „talent2maker“ stellt die Regional- und Wirtschaftsförderung somit ein innovatives Werkzeug zur Verfügung, das die Berufsorientierung nicht nur modernisiert, sondern auch auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen eingeht. Die Plattform ermöglicht es ihnen, ihre beruflichen Perspektiven gezielt zu erkunden und gleichzeitig direkt mit den Ausbildungsbetrieben der Region in Kontakt zu treten.

Weitere Informationen zur Plattform und zur Registrierung von Ausbildungsbetrieben gibt es unter <https://talent2maker.de>. (LRA Fürth)



Landrat Bernd Obst zeigt die neue Plattform.



Patrick Hildebrand von der Regional- und Wirtschaftsförderung des Landkreises führt durch die einzelnen Seiten der neuen Homepage.

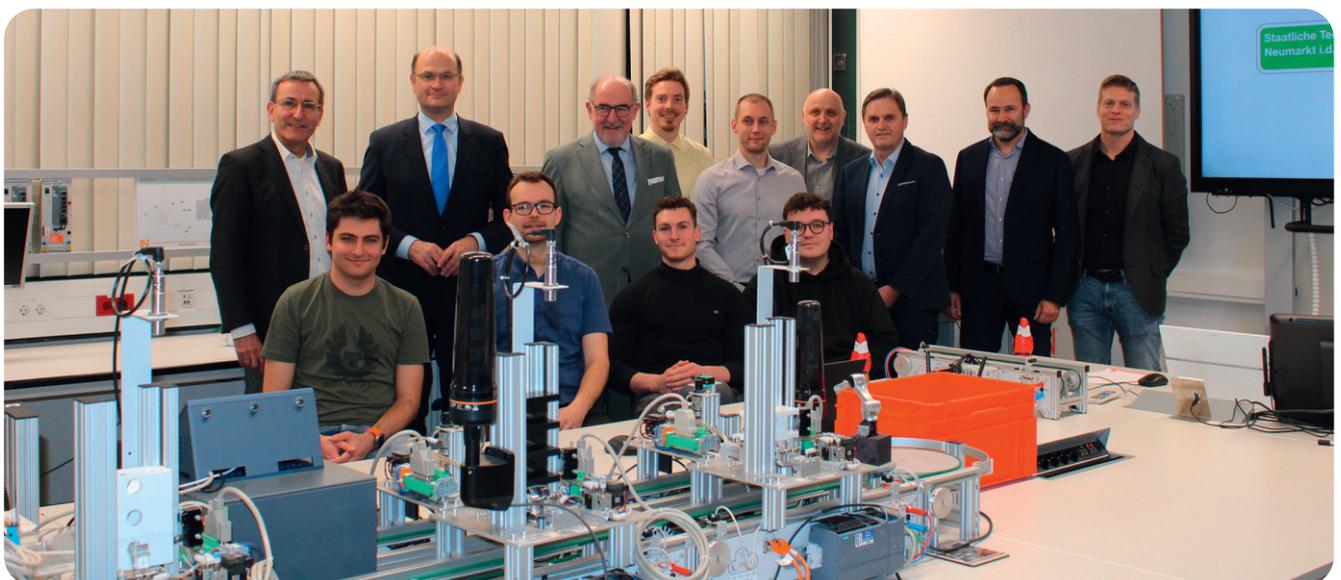
Technikerschule Neumarkt i.d.OPf. erweitert Angebot um die Fachrichtung „Angewandte Künstliche Intelligenz“

Ab dem Schuljahr 2025/2026 bietet die Technikerschule Neumarkt i.d.OPf. eine neue Fachrichtung „Angewandte Künstliche Intelligenz“ an. Die Genehmigung für dieses innovative Bildungsangebot wurde erteilt. Damit erweitert die Schule ihr bestehendes Portfolio um ein zukunftsweisendes Thema, das sowohl für die Lebens- als auch die Arbeitswelt zunehmend an Bedeutung gewinnt.

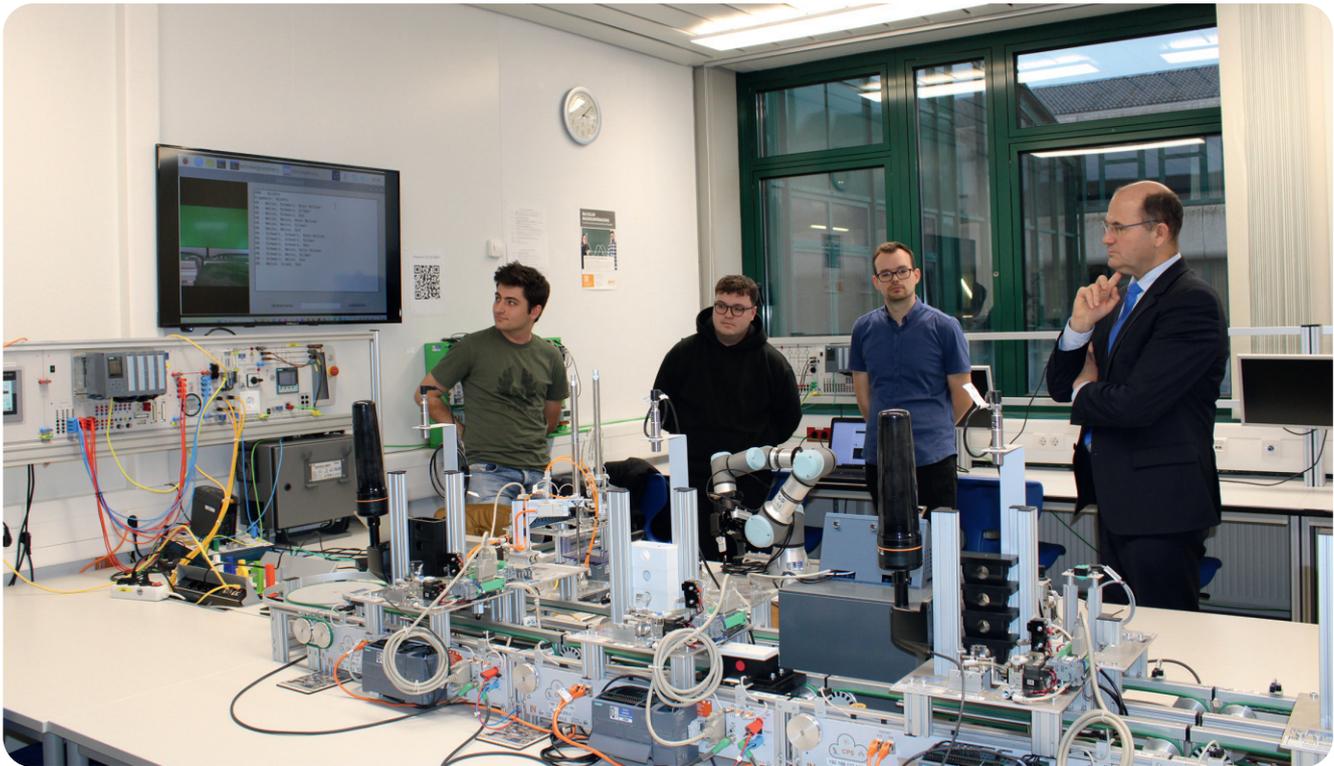
Die neue Fachrichtung haben Landrat Willibald Gailler und der Bayerische Finanzminister Albert Füracker zusammen mit Schulleiter Oberstudiendirektor Albert Hierl am Beruflichen Zentrum im Dezember vorgestellt. Sie hoben dabei hervor, dass diese Erweiterung eine wichtige Rolle für den Landkreis Neumarkt spiele. Ziel sei es, junge Menschen gezielt auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorzubereiten und die Region als Bildungsstandort weiter zu stärken.

Landrat Willibald Gailler lobte das Team der Technikerschule mit Schulleiter Oberstudiendirektor Albert Hierl an der Spitze für ihr hervorragendes Angebot: „Unsere Technikerschule mit den Protagonisten Michael Maier und Christian Schlierf wird immer wieder für großartige

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker betonte: „Neumarkt wird Hotspot für angewandte KI! Die ‚KI-Fachschule‘ in Neumarkt ist ein echter Game-Changer für unseren Bildungsstandort und legt den Grundstein für Bayerns digitale Zukunft: Wir sind auf dem besten Weg, die KI-Expertinnen und -Experten von morgen auszubilden! Die Fachschule für angewandte KI soll nicht nur die Innovationskraft unserer Wirtschaft ankurbeln, sondern auch unsere Heimat zur KI-Zukunftsregion aufsteigen lassen. Auf diesem bedeutenden Weg wünsche ich allen Beteiligten viel Erfolg. Gemeinsam gestalten wir die digitale Zukunft – hier in Neumarkt und in ganz Bayern!“



Stehend v.l.n.r.: Albert Hierl, Staatsminister Albert Füracker, Landrat Willibald Gailler, Dominik Weber, Christian Meier, Michael Maier, Michael Gottschalk, Markus Mederer, Christian Schlierf
(Foto: Katharina Scharl / LRA Neumarkt i.d.OPf.)



*Der Bayerische Finanzminister Albert Füracker schaute sich ganz genau an, was die Schüler machen.
(Foto: Katharina Scharl / LRA Neumarkt i.d.OPf.)*

Innovationen ausgezeichnet und stellt ein Aushängeschild für die berufliche Bildung in unserem Landkreis dar.“ Zugleich dankte er Staatsminister Albert Füracker und Staatsministerin Anna Stolz für die Genehmigung der erneuten Erweiterung.

Die Fachrichtung „Angewandte Künstliche Intelligenz“ stellt einen wichtigen Schritt dar, um die Verbindung zwischen beruflicher und akademischer Bildung auszubauen. Sie richtet sich an technikinteressierte Schüler, die sich auf die Entwicklung und praktische Anwendung von KI-Technologien spezialisieren möchten. Die Technikerschule schafft damit ein Angebot, das in der Region bislang einzigartig ist und überregional Maßstäbe setzen könnte.

Mit der Einführung dieses Bildungsangebots reagiert die Schule auf den steigenden Bedarf an Fachkräften im Bereich der Künstlichen Intelligenz und bietet eine praxisnahe Ausbildung in einem zukunftsträchtigen Bereich. Die Entwicklung der neuen Fachrichtung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Fachlehrkräften und Bildungsexperten und soll als Schulversuch bundesweit Anerkennung finden.

Die Technikerschule Neumarkt leistet mit der neuen Fachrichtung einen Beitrag zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung und unterstützt die Innovationsfähigkeit der Region, freuten sich auch Kreiskämmerer Markus Mederer und Kreisentwickler Michael Gottschalk.
(LRA Neumarkt i.d.OPf.)

Digitalisierung im Landkreis Regensburg

Der Landkreis Regensburg blickt auf ein Jahr voller Fortschritte und Innovationen zurück und zählt zu den führenden Kommunen Bayerns im Bereich digitaler Verwaltung. Die Digitalisierung verändert nicht nur die Art und Weise, wie Dienstleistungen angeboten werden, sondern schafft auch neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Wissensvermittlung. Auch in den kommenden Jahren wird das Landratsamt die Chancen der Digitalisierung nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern als moderner, bürgernahe Dienstleister zur Verfügung zu stehen. Die Chancen von KI (Künstliche Intelligenz) werden dabei selbstverständlich genutzt.

Größtes bayerisches kommunales Glasfasernetz startet

Schnelles und verlässliches Internet ist die Grundlage für Home-Office, Studium, Wirtschaft, Telemedizin und Freizeitvergnügen, aber auch für digitale Verwaltungsleistungen. Im Februar 2024 wurden weitere 47,4 Millionen Euro an Fördermitteln aus Berlin für den

interkommunalen Glasfaserausbau in den beiden Landkreisen Regensburg und Neumarkt bewilligt. Im Frühjahr 2025 werden die Arbeiten für insgesamt 33 000 förderfähige Hausanschlüsse in drei Clustern starten. Der Bund und der Freistaat Bayern steuern Fördermittel zur Co-Finanzierung bei, die Kommunen stellen zusätzlich jeweils einen Eigenanteil in Höhe von circa 10 Prozent zur Verfügung. Insgesamt werden somit im

Projektgebiet der Laber-Naab Infrastruktur GmbH, der LNI (47 Kommunen), für Planung Tiefbau, Verteiler und Glasfaserkabel bis ins Haus eine knappe halbe Milliarde Euro investiert. Dieses kommunale Netz ist laut Telekom deren größtes Betreibermodell in Deutschland.



Nahmen am bundesweiten Digitaltag 2024 von Regensburg aus teil: Markus Becker (Sachgebiet „Digitalisierung“), Landrätin Tanja Schweiger, Maximilian Sahesch-Pur (IT-Fachkraft am Landratsamt), Dr. Gaby von Rhein (Leiterin der Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg), Petra Haslbeck (Leitung Sachgebiet „Hilfen in schwierigen Lebenslagen“ am Landratsamt), Saskia García Jociles (Sachgebiet „Hilfen in schwierigen Lebenslagen“), Gaby Eisenhut (Fachliche Leitung Medienzentrums Regensburger Land), Harald Hillebrand (Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit und Digitalisierung), Andreas Einweg (Abfallberater am Landratsamt). (Foto: Petula Hermansky)

Auf dem Weg zur smarten Region

Der Landkreis Regensburg ist für den Weg, eine smarte Region zu werden, gut vorbereitet. Während digitale öffentliche Dienstleistungen bereits breit genutzt werden und den Landkreis zu einem bayerischen Vorreiter machen, schreitet auch die Automatisierung interner Prozesse voran. Der gezielte Einsatz von Künstlicher Intelligenz



schafft dabei wertvolle Ressourcen, die den Service für Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern. Das Landratsamt wird auch in Zukunft alles daransetzen, diese Vorreiterrolle zu behaupten und auszubauen.

RPA Prozesse

Seit 2022 befasst sich das Landratsamt mit Robotic Process Automation (RPA). Nach intensiver Vorbereitungsarbeit im Rahmen eines Talentprogramms wurden 2024 bereits 29 Prozesse identifiziert, die sich für diese Technologie eignen. Zwölf dieser Prozesse sind bereits im Live-Betrieb und schaffen eine Zeitersparnis von rund 3.800 Stunden. Diese Technologie trägt dazu bei, repetitive Aufgaben zu reduzieren und den Mitarbeitenden mehr Raum für kreative und wertschöpfende Tätigkeiten zu geben. Der Return on Investment (ROI) liegt aktuell bei circa sieben Monaten und erste Prozesse werden nun durch KI ergänzt, um handschriftliche Formulare mittels neuronaler Bilderkennung direkt in digitale Texte umzuwandeln – ohne Bruchstellen im Workflow. Der Landkreis Regensburg gehört deutschlandweit zu den führenden Kommunen beim Einsatz von RPA-Technologie.

KI in der Verwaltung

In Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Deggendorf und dem Bayerischen KI-Institut wurde 2024 das Projekt „KI in der Verwaltung“ ins Leben gerufen. Die Künstliche Intelligenz unterstützt unter anderem das Kreisjugendamt bei Transkriptionen, Übersetzungen, Formulierungshilfen und der Suche nach Rechtsgutachten. In Kooperation mit der roosi



(Foto: Murrstock-stock.adobe.com)

GmbH und der AKDB entwickeln wir zudem den Kommunalassistenten „KAI – Kommunale Artificial Intelligence“, der Kommunen künftig etwa bei der Protokollierung von Gesprächen, Echtzeit-Übersetzungen und der Rechtsrecherche unterstützt.

Digitale Dienstleistungen im Landratsamt

Waren es 2023 etwas mehr als 200 digitale Online-Dienste, die das Landratsamt für seine Bürgerinnen und Bürger vorhielt, so sind es inzwischen mehr als 307 Dienste, die den Gang zur Verwaltung oft überflüssig machen. Im Ranking aller 96 Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern liegt das Landratsamt damit auf einem respektablen dritten Platz. Und es kommen laufend weitere digitale Angebote hinzu.

ChatBot

Nachdem das Landratsamt Regensburg mit dem ChatBot „ReLaX“ (RegensburgerLandleXikon), der digitalen Bürgerkommunikation, bereits 2023 als bestes bayerisches Digitalprojekt ausgezeichnet wurde, fand in 2024 eine technische wie auch inhaltliche Weiterentwicklung statt: „ReLaX“ beantwortet Bürgeranfragen nun anhand von über 1.200 Datensätzen. An die KI-Technologie ChatGPT 4.0 angebunden, kann „ReLaX“ auch komplexere Fragen beantworten und trägt maßgeblich zur Entlastung der Telefonhotline bei. 2024 nutzten bisher über 25.000 Bürgerinnen und Bürger den ChatBot „ReLaX“ und stellten ihm dabei mehr als 56.000 Fragen. Davon wurden etwa 8.400 Fragen über WhatsApp an „ReLaX“ gestellt, das sind etwa 15 Prozent. Dies zeigt, dass es unerlässlich ist, den Nutzern alle Informationen leicht zugänglich zu transferieren.

VoiceBot

Seit Oktober 2024 ergänzt ein VoiceBot die digitale Bürgerkommunikation des Landkreises. Bürgerinnen und Bürger können außerhalb der Öffnungszeiten Anfragen direkt per Anruf stellen. Nach einer kurzen Testphase verzeichnete der VoiceBot bereits ein beachtliches Nutzungsaufkommen, was das Angebot weiter stärken wird. Der VoiceBot kann dabei auch direkt über die Mobilrufnummer von „ReLaX“ +49 157 359 999 51 angerufen werden. Der VoiceBot wird ständig weiterentwickelt, um einen optimalen unterstützenden Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.



Der ChatBot „ReLaX“ steht auf der Homepage des Landkreises Regensburg sowie datenschutz-konform via Messenger-Dienst WhatsApp unter der Mobilnummer +49 157 359 999 51 zur Verfügung.

„ReLaX“ Landkreis-Webseite
qr.landkreis-regensburg.de/bot-relax

Abfall-App – ein smarterer Online-Dienst, der kontinuierlich erweitert wird

2023 wurde die Abfall-App eingeführt und erfreut sich steigender Beliebtheit. Das Handling der App ist einfach und bietet viele Vorteile. Besonders hilfreich ist die automatische Erinnerung an die Entsorgungstermine via Push-Nachricht und/oder Mailbenachrichtigung. Seit April 2024 können über die App auch Anmeldungen zu Sperrmüll- und Kühlgerädetouren getätigt werden. Im November ging eine überarbeitete Version der Abfall-App an den Start, mit neuem Look und nützlichen Funktionen sowie Barrierefreiheit. In den Stammdaten kann nun ein weiterer Standort hinzugefügt werden, um Entsorgungstermine in mehreren Orten im Blick behalten zu können. Die Barrierefreiheit beinhaltet Bedienhilfen wie die Vorlesefunktion und den Dunkelmodus. Die Einstellung „Größerer Text“ kann an die App weitergegeben werden, so dass Benutzer diese in gewohnter Darstellung sehen können. Bei iOS-Geräten ist zu beachten, dass die Aktualisierung erst für das Betriebssystem iOS 15.5 und neuer verfügbar ist. Ältere iOS-Versionen können weiterhin die alte App nutzen.

Online-Lesernhilfe – ein Pilotprojekt der Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg

Mit einem einjährigen Pilotprojekt erprobte die Freiwilligenagentur Möglichkeiten und Chancen von digitaler Lesernhilfe.

Ehrenamtliche, die an einer Qualifizierungsveranstaltung teilgenommen haben, unterstützten in Videokonferenzen ausgewählte Schülerinnen und Schüler der Grundschule Obertraubling beim Lesen lernen. Dafür trafen sich Ehrenamtliche und Kinder im 1:1 Prinzip wöchentlich für eine Stunde. Sie wurden von der Freiwilligenagentur durch Austauschtreffen begleitet. Vor-



Screenshot Apple iPhone, Firma CubeFour GmbH
Mehr Infos zur Abfall-App unter: <https://www.landkreis-regensburg.de/buergerservice/abfallratgeber/abfall-app/>

teil dieses digitalen Engagements war, dass die Online-Lesernhilfe unabhängig vom eigenen Wohnort geleistet werden konnte. Das Projekt wurde in Kooperation mit der Pfarr- und Gemeindebücherei Obertraubling und dem Bundesverband „Mentor – Die Lesernhelfer“ durchgeführt. Es wurde aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert und fand im Rahmen des „eins : eins – Patenschaftsprojektes“ statt, das die Landesarbeits-



gemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Bayern im Auftrag des Ministeriums umsetzt.

Die Freiwilligenagentur führt das Online-Lesernhilfe-Projekt auch nach Abschluss der Förderung durch das Bayerische Sozialministerium weiter. Alle wichtigen Infos unter www.freiwilligenagentur-regensburgerland.de oder telefonisch unter 0941 / 4009-414 oder -305.



Die Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg führte 2024 das einjährige Pilotprojekt „Online-Lesernhilfe“ durch. (Foto: Jasmin Lehmer)

Digitalkompetenz stärken

Im Rahmen des Modellprojekts „MuT-Partner“ zur Stärkung der Digitalkompetenz älterer Menschen wurden 2024 ortsnahe und niederschwellige Schulungsangebote in Form von Fragestunden angeboten. Einmal pro Quartal konnten Seniorinnen und Senioren in größeren Einkaufszentren ohne Anmeldung Fragen zu Smartphone und Tablet klären und den Umgang mit digitalen Geräten üben. Dieses zusätzliche Angebot trug im vergangenen Jahr wesentlich zur digitalen Teilhabe und Sicherheit im Alltag bei. Dieses Modellprojekt wird gefördert aus den Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.

www.landkreis-regensburg.de/landratsamt/abteilungen-und-sachgebiete/?sachgebiet-l-43-hilfen-in-schwierigen-lebenslagen-pflegestuetzpunkt-plus-im-landkreis-regensburg=&orga=92515

Online-Newsletter

Seit 2023 kann man auf www.landkreis-regensburg.de/newsletter Online-Newsletter von verschiedenen Fach-



bereichen des Landratsamtes bestellen: Wirtschaftsförderung – Hilfen in schwierigen Lebenslagen – Kulturreferat – Öko-Modellregion Stadt.Land.Regensburg – Gleichstellungsstelle – Freiwilligenagentur. 2024 neu hinzu gekommen ist der Newsletter des LAG Regionalentwicklung Landkreis Regensburg e.V., der das EU-Förderprogramm LEADER im Landkreis Regensburg koordiniert.

Social Media

Der Landkreis Regensburg ist selbstredend auf Social Media vertreten. Profile auf Facebook, Instagram, LinkedIn und Youtube informieren über aktuelle Ereignisse.



facebook.com/LandkreisRegensburg



instagram.com/landkreisregensburg



youtube.com/landkreisregensburg

<https://www.linkedin.com/company/landkreis-regensburg/>

(LRA Regensburg)

Neues Leitbild für ehrenamtliche Arbeit im Landkreis Tirschenreuth vorgestellt

Der Landkreis Tirschenreuth setzt ein klares Zeichen für die Förderung des Ehrenamts. Ehrenamtskoordinatorin Sarah Matzke hat zusammen mit der Leiterin des Netzwerks Inklusion Christina Ponader Ende September das neue Leitbild für freiwilliges Engagement im Landkreis Tirschenreuth offiziell vorgestellt. Bei der Vorstellung waren Kreisentwickler Anton Kunz und Landrat Roland Grillmeier anwesend.

Das Leitbild entstand im Rahmen des Projekts „Demografiefeste Kommune“ und setzt die Anregungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger um. „Unsere Bürgerinnen und Bürger haben deutlich gemacht, wie wichtig ihnen das Ehrenamt ist. Vor allem der Wunsch nach mehr Wertschätzung und konkreten Angeboten wurde immer wieder genannt“, erklärt Landrat Roland Grillmeier. „Mit dem neuen Leitbild schaffen wir eine Basis, die das Ehrenamt nicht nur stärkt, sondern auch sichtbar macht. Wir als Landkreis stehen hinter unseren Ehrenamtlichen.“

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits unternommen. Bei einem großen Ehrenabend am 13. September wurden zahlreiche Ehrenamtliche für ihr Engagement geehrt. Und auch der Landkreis selbst ehrt alljährlich zahlreiche Ehrenamtliche für besondere Leistungen in Sport und Kultur. „Hier überlegen wir derzeit, wie wir diese Veranstaltungen noch verbessern können“, so Grillmeier. Ergänzt wird dies durch verschiedene Angebote der Freiwilligenagentur, wie Vereinsberatung, Digitalisierungsangebote, Workshops sowie eine gezielte Vermittlung von Ehrenamtlichen.

„Bereits letztes Jahr fanden Workshops in Bad Neualbenreuth und Waldershof statt, danach hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit,

über ein digitales Padlet ihre Ideen einzubringen“, berichtet Sarah Matzke. „Die zahlreichen Rückmeldungen, die wir erhalten haben, haben gezeigt, wie stark das Ehrenamt in unserer Region verankert ist. Wir wollen diesen Einsatz noch sichtbarer machen und weiter fördern.“

Die fachliche Ansiedlung der Freiwilligenagentur erfolgt bei der Kreisentwicklung unter der Leitung von Anton Kunz, der die Notwendigkeit dieser Maßnahmen betont: „Es besteht ein steigender Bedarf an solchen Maßnahmen. Auch Vereine werden vor immer größere Herausforderungen gestellt. Wir merken eine große Dankbarkeit bei den Verantwortlichen, dass hier Ansprechpartner und Weiterbildungen zur Verfügung stehen.“ So wurden bereits 20 neue Ehrenamtliche durch gezielte Ansprache gewonnen, und zahlreiche Vereine, wie die HAK Kemnath und der Stiftlandgau, nehmen derzeit die Vereinsberatung in Anspruch.



V.l.: Isabel Sommerer (Wirtschaftsförderung), Christina Ponader (Leiterin Netzwerk Inklusion), Landrat Roland Grillmeier, Ehrenamtskoordinatorin Sarah Matzke sowie Kreisentwickler Anton Kunz präsentieren das neue Leitbild der Freiwilligen Agentur Tirschenreuth. (Foto: Fabian Polster, LRA Tirschenreuth)



Ein weiteres Highlight war der inklusive Freiwilligentag im Herbst, bei dem Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam aktiv wurden. „Es ist uns wichtig, alle Menschen einzubinden und gemeinsam an einer starken und solidarischen Gemeinschaft zu arbeiten“, fügt Matzke hinzu. Zudem laufen bereits Workshops und Weiterbildungen, wie beispielsweise die Fördermittelberatung, die den Ehrenamtlichen zusätzliche Unterstützung bietet.

Das neue Leitbild wurde extern von der Agentur Modus in Bayreuth moderiert und ausgewertet. Neben dem Leitbild in leichter Sprache ist auch ein neues Logo entstanden, das den Start in eine zukunftsfähige Ehrenamtsarbeit im Landkreis Tirschenreuth symbolisiert.

Landrat Grillmeier fasst zusammen: „Vielen Dank an alle Beteiligten, die am Leitbild mitgewirkt haben. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Mit dem neuen Leitbild geben wir unseren Bürgerinnen und Bürgern ein Instrument an die Hand, um das Engagement für unsere Gemeinschaft weiter zu stärken.“

Das vollständige Leitbild, alle weiteren Informationen sowie unsere Ehrenamtsbörse finden Sie immer aktuell unter <https://www.kreis-tir.de/ehrenamtsboerse>.

(LRA Tirschenreuth)

Geburtstage



Am 13. Dezember 2024 feierte Landrätin **Maria Rita Zinnecker** ihren 60. Geburtstag. Bevor Zinnecker 2014 erstmals zur Landrätin des Landkreises Ostallgäu gewählt wurde, war die Ökotrophologin in den verschiedensten Funktionen beim Freistaat Bayern tätig. Sie war u.a. Referatsleiterin im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Leiterin des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Landwirtschaftsschule Kaufbeuren. Von 2008 bis 2014 war sie Kreisrätin im Landkreis Unterallgäu. Beim Bayerischen Landkreistag gehört sie seit 2014 dem Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt an, von 2020 bis 2021 als Vorsitzende und seit Mai 2021 als stellv. Vorsitzende.



Den 50. Geburtstag feierte Landrat **Christoph Göbel** am 19. Dezember 2024. Göbel war bereits lange vor seiner erstmaligen Wahl 2014 eine prägende kommunalpolitische Persönlichkeit im Landkreis München. Von 1996 bis 2003 war er Gemeinderat und ab 2002 2. Bürgermeister in Gräfelfing, von 2003 bis 2014 deren 1. Bürgermeister. Von 2002 bis 2014 war er zudem Kreisrat des Landkreises München und ab 2008 stv. Landrat. Der vierfache Vater ist Lehrbeauftragter für Kommunale Selbstverwaltung an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Von 2014 bis 2020 war er Mitglied im Landesausschuss und im Ausschuss für Recht und Bildung des Bayerischen Landkreistags. Seit 2020 gehört er dem Präsidium an und ist Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen.



Kreisrat **Franz Hofstetter** wurde am 4. Januar 2025 70 Jahre alt. Hofstetter engagiert sich seit vielen Jahrzehnten in den verschiedensten haupt- und ehrenamtlichen Funktionen im Landkreis Erding. U.a. war er von 1996 bis 2020 Bürgermeister in Taufkirchen/Vils, seit 2002 ist er Mitglied im Kreistag des Landkreises und von 2008 bis 2023 war er Mitglied des Bezirkstages Oberbayern. Seit 2020 ist er zudem stv. Landrat. Beim Bayerischen Landkreistag ist Hofstetter seit 2020 Mitglied im Landesausschuss. Für sein unermüdliches Engagement wurde er mehrfach ausgezeichnet – u.a. mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze und Silber.



Am 20. Januar 2025 feierte Landrat **Johann Kalb** seinen 65. Geburtstag. Der Landrat des Landkreises Bamberg engagiert sich seit über drei Jahrzehnten kommunalpolitisch. Von 1990 bis zu seiner erstmaligen Wahl als Landrat 2014 war er Bürgermeister der Marktgemeinde Buttenheim und von 1996 bis 2014 Kreisrat im Landkreis Bamberg. Bevor er sich für ein Leben im Dienst der Bürger entschieden hat, war er Rechtsanwalt in der eigenen Kanzlei, die seine Frau fortgeführt hat. Der Vater von drei Kindern ist seit 2014 Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirktetag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de